

Substanzielles Protokoll 65. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. September 2019, 17.00 Uhr bis 19.26 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Martin Götzl (SVP), Pascal Lamprecht (SP), Alan David Sangines (SP),
Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 7. | 2019/136 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern | VHB |
| 8. | 2019/137 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch
«ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter | VIB |
| 9. | 2019/140 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten
Bau von Steildächern statt Flachdächern | VHB |
| 10. | 2019/212 | E/A Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der
Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenord-
nung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen | VIB |
| 11. | 2018/465 | E/A Postulat von Markus Kunz (Grüne), Michael Kraft (SP) und
2 Mitunterzeichnenden vom 28.11.2018:
Bericht zur Reduktion der CO ₂ -Emmissionen und zur Realisie-
rung eines CO ₂ -freien Energiemix der städtischen Betreiber von
Fernwärmenetzen und Energieverbunden | VIB |
| 12. | 2019/138 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Einkauf von synthetischem, CO ₂ -neutralem Methan auf dem
Markt bzw. Realisierung einer Kooperation oder eines Pilot-
projekts | VIB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 13. | 2019/211 | E/A | Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO ₂ -freie Wärmeproduktion | VGU |
| 14. | 2019/216 | E/A | Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Bericht und allfällige Projektkredite zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Massnahmen aus dem «Konzept Energieversorgung 2050 der Stadt Zürich» | VIB |
| 15. | 2019/110 | E/A | Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 20.03.2019:
Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs | VSI |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1713. 2019/415 Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Wider dem rot-grünen Grössenwahn: Zürich und die Schweiz sind unbedeutend für das globale Klima

Die Schweiz ist bekanntlich ein kleines Land. Entsprechend klein ist unser CO₂-Ausstoss – wir sprechen von rund einem Promille des weltweiten Ausstosses. Allein die Zunahme der weltweiten Emission übersteigen die gesamten Emissionen der Schweiz jedes Jahr um mehr als das Zehnfache. Diese Zahlen machen eines deutlich: Wir könnten in unserem Land heute noch die gesamte Industrie herunterfahren, alle Öl- und Gasheizungen verbieten und alle Verbrennungsmotoren verschrotten - auf das weltweite Klima hätte dies keinen Einfluss. Nichtsdestotrotz beraten wir heute in diesem Haus einmal mehr einen ganzen Strauss an «Klimaschutzmassnahmen», eine sinnloser als die andere.

Die Linke rechtfertigt dies gerne mit der viel zitierten «Vorbildfunktion» der Schweiz. Dieser Grössenwahn ist wahrlich bemerkenswert, den hunderten von Millionen von Chinesen, Indern, Brasilianern und Afrikanern, die teilweise Lichtjahre von unserem Wohlstandsniveau entfernt sind, ist unsere «Vorbildfunktion» vollkommen egal. Sie möchten all das auch, was wir uns in den letzten zwei-, dreihundert Jahren erarbeitet haben: ein warmes Häuschen, fliessendes Wasser, unbegrenzt Strom, jeden Tag Fleisch auf dem Tisch oder ein Auto in der Garage. Der Gedanke, sie würden auf all dies verzichten, nur weil wir braven Schweizer es ihnen so selbstzerstörerisch vormachen, ist absurd.

Aber der rot-grünen Ratsmehrheit sind solche simplen Fakten egal. Sie fordert mit religiösem Furor die nationale Selbstkasteiung im Namen des Klimas.

Niemand hier drin leugnet die Tatsache, dass ein Klimawandel stattfindet. Dies lässt sich schliesslich tagtäglich in der Welt und der Schweiz messen und beobachten. Sehr wohl leugnen wir aber die Vorstellung, dass wir in der Schweiz irgendetwas an diesem Wandel werden ändern können. Und es ist ja nicht so, dass wir nichts tun würden! Unsere Stromversorgung ist im Gegensatz zu derjenigen der meisten unserer Nachbarn CO₂-frei. Im Gebäudebereich ist der CO₂-Ausstoss seit 1990 um 28 Prozent zurückgegangen, obwohl

die Bevölkerung in derselben Periode um 26 Prozent zugenommen hat. Auch die Autos sind massiv effizienter geworden: pro Auto sinkt der Benzinverbrauch laufend. Dass der CO₂-Ausstoss aus dem Verkehr heute gleich hoch ist wie 1990 liegt einzig und allein an der massiv steigenden Bevölkerungszahl. Die gestiegene Effizienz der Verbrennungsmotoren wird durch Millionen zusätzlicher Strassenkilometer aufgefressen.

Und genau aus diesem Grund müssen wir heute auch die Frage der Massenzuwanderung ansprechen. Natürlich ist es grundsätzlich egal, ob ein Deutscher, ein Italiener oder ein Schwede hier bei uns oder in seinem Heimatland lebt, der Effekt auf den Klimawandel ist derselbe. Aber gerade deswegen ist die rot-grüne Fixierung auf Schweizer CO₂-Inlandziele ja so absurd, wenn nicht gleichzeitig die Zuwanderungszahlen in die Betrachtung miteinbezogen werden. Hätte die Schweiz ein niedriges Bevölkerungswachstum wie beispielsweise Deutschland, Polen oder Italien, so hätten wir unsere Pariser Klimaziele wohl schon längst erreicht. Und es sind ironischerweise ja gerade die links-grünen Parteien, welche die Masseneinwanderung am meisten befürworten und anheizen. Gleichzeitig immer schärfere und teurere Klimaschutzmassnahmen zu fordern, welche die inländische Bevölkerung schwer belasten, ist der Gipfel der Heuchelei!

Wie weiter?

Klimanotstand und Panikmache sind der falsche Ratgeber. Höhere Steuern und Abgaben sowie zusätzliche Verbote, wie sie von den Panikmachern hier drin und überall im Land gefordert werden, sind schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz und insbesondere für die Stadt und den Kanton Zürich.

Konkret und auf freiwilliger Basis kann jeder etwas fürs Klima und die Umwelt tun: Lokale oder zumindest schweizerische Produkte konsumieren, den Abfall ordnungsgemäss entsorgen, oder das Haus energetisch sanieren.

Die SVP hat sich dieser pseudoreligiösen Klimahysterie von Anfang an verweigert. Wir setzen auf Freiwilligkeit, Forschung und Innovation. Wir kämpfen für eine starke Schweizer Landwirtschaft, die nahe beim Endkunden hochwertige Produkte erzeugt und dabei unsere Natur schützt und pflegt. Die schädliche und hetzerische linksgrüne Moralkeulenpolitik lehnen wir aus grosser Überzeugung ab.

Persönliche Erklärungen:

Simon Kälin-Werth (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der SVP.

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Simon Kälin-Werth (Grüne).

Simon Kälin-Werth (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Stephan Iten (SVP).

G e s c h ä f t e

1707. 2019/136

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 64, Beschluss-Nr. 1707/2019).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/136, 2019/137, 2019/140 und 2019/212.

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Ich fühlte mich von Ernst Danner (EVP) geehrt, der dachte, dass ich bereits in den frühen 1970er-Jahre an Projekten teilnahm. Das ist nicht*

der Fall. Mein Einstieg war «Die Grenzen des Wachstums» des Club of Rome. Damit wurde ich an der Universität sozialisiert und ich konnte das bereits hinterfragen und sah, dass mit der Einspeisung von gewissen Parametern in die Modelle die entsprechenden Kurven resultieren. Ich nahm die Sache ernst und liess mich nicht in Panik versetzen. Ich bin Simon Kälin-Werth (Grüne) und Dr. Florian Blättler (SP) dankbar, dass sie auf die Wissenschaftlichkeit, die ich kritisierte, Bezug nahmen. Es ist nicht so, dass ich dahinter dunkle Mächte befürchte. Es geht um den wissenschaftlichen Diskurs. Es ist ähnlich wie damals, als nach dem Jahr 1968 das Werturteil ein Streitpunkt war – Adorno und Marcuse kontra Popper. Diese Diskussion ging allerdings in die Richtung Aufbruch in die Freiheit. Jetzt wird die genau gleiche Methodik angewendet, sie geht aber in die Richtung Freiheitsberaubung. Was wissenschaftlich nun angepriesen wird, ist kritisch zu hinterfragen. Auch ist interessant, dass es um den Zeitraum von vor 2000 Jahren ging, in dem Zwischenwarmzeiten und Zwischeneiszeiten vorkamen. Eine Studie aus Bern stellt das nun in Frage: Es habe sich damals um ein lokales Phänomen gehandelt, als der Bodensee beinahe austrocknete, während es sich jetzt um globale Phänomene handelt. Das mag sein. Der Zeithorizont jedoch geht lediglich 2000 Jahre zurück. Darin liegt das Problem. Eine Zeitepoche von 2000 Jahren sagt nichts aus. Es ist gefälscht, wenn das so dargestellt wird, wie wenn das schon immer so gewesen wäre. Es gab verschiedene interessante Phänomene in der Zwischenzeit. Das Gebiet der Nord- und Ostfriesischen Inseln war früher Festland. Vor 8000 Jahren kam es in Skandinavien zu einem Bergsturz, der einen Tsunami auslöste, der das gesamte Gebiet überschwemmte, wodurch die Nordsee und die Inseln entstanden. Dass es solche Phänomene bereits vor 8000 Jahren gab, darf nicht geleugnet werden. Es wurde argumentiert, dass Berge bröckeln. Natürlich kommt es zu Felsstürzen. Es müssen jedoch auch andere Gebiete betrachtet werden: Das Zentralmassiv in Frankreich und das armorikanische Gebirge in der Bretagne waren früher hohe Gebirge. Jetzt handelt es sich um Rumpfgebirge: das Resultat einer natürlichen Erosion über die Jahrtausende hinweg. Es handelt sich um natürliche Phänomene; alles nun auf eine einseitige Art zu politisieren, geht nicht. Etwas sehr Bedenkliches möchte ich noch erwähnen. Ich bin Mitglied des Vorstands eines Journalistenvereins. Es war eine Vorstandssitzung mit vorangehender Grillade. Im Zuge der Diskussion stellte ich die Wissenschaftlichkeit in Frage. Ein Mitglied des Vorstands fällt mir dabei ins Wort und sagt, er wolle meine pseudowissenschaftliche Infragestellung der Wissenschaftlichkeit nicht hören. Das ist verehrend: Was den eigenen Vorstellungen nicht entspricht, wird zum Schweigen gebracht. Gefährlich ist, dass nicht nur ein Klimawandel vorhanden ist, sondern mit der Weiterführung dieser Art der Diskussionsführung auch eine Klimavergiftung im gesellschaftlichen Bereich.

Das Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1708. 2019/137

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 64, Beschluss-Nr. 1708/2019).

Das Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1709. 2019/140

**Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten Bau von Steildächern statt Flachdächern**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 64, Beschluss-Nr. 1709/2019).

Das Postulat wird mit 21 gegen 97 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1710. 2019/212

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe
EVP vom 22.05.2019:
Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 64, Beschluss-Nr. 1710/2019).

Die Dringliche Motion wird mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1714. 2018/465

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Michael Kraft (SP) und 2 Mitunterzeichnenden
vom 28.11.2018:
Bericht zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zur Realisierung eines CO₂-freien Energiemix der städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Kunz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 632/2018):
Das vorliegende Postulat kümmert sich um die dringend notwendige Dekarbonisierung der Stadt Zürich. Das Ziel «Netto Null» unserer Motion GR Nr. 2019/106 erlaubt keine oder lediglich geringe CO₂-Emissionen. Während wir bei den ersten vier Vorstössen darüber sprachen, wie wir die Stromversorgung verstärkt auf erneuerbare Energieträger umstellen können, geht es jetzt um Wärme. Der Energieplan der Stadt zeigt, dass die Abwärmenutzung mittels verschiedener Technologien die Zukunft der Zürcher Wärme- und ausserdem auch Kälteversorgung sein wird. Das ist nicht neu. Die kantonale Energieplanung postuliert bereits seit Jahrzehnten eine Rangordnung bei der Energienutzung, nach der die Abwärme zuerst zu nutzen sei. Dabei kann es sich um Hochtemperatur-Abwärme handeln wie die einer Kehrlichtverwertungsanlage (KVA). Es kann und wird sich auch zunehmend um eine Tieftemperatur-Abwärme handeln wie die aus dem Abwasser aus grossen Rechenzentren oder aber aus dem See. Der Zürichsee alleine hat bekanntlich das Potenzial, die gesamte Stadt mit Wärme und Kälte zu versorgen. Technisch ist das jedoch sehr aufwändig und viel zu teuer. Die städtische Fernwärmeversorgung und die Energieverbunde des ewz werden gemäss den städtischen Vorgaben weitgehend mit Abwärme und erneuerbaren Energien betrieben – nur weitgehend

und nicht ausschliesslich. Für die Spitzen im Winter kommt zusätzlich ein Anteil fossiler Energie zum Einsatz. Das ist das eine und kleinere Anliegen, das wir mit dem Vorstoss verfolgen. In Anbetracht der städtischen Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen soll dieser restliche Anteil an fossilen Energien vollständig mit erneuerbaren Energien ersetzt werden. Zugegebenermassen handelt es sich beinahe um dieselbe Zielsetzung wie im Postulat GR Nr. 2018/136, das vor knapp einem Jahr im Rat überwiesen wurde. Gemäss der damaligen Auskunft von STR Richard Wolff ist der Ersatz «durchaus machbar» beispielsweise durch vermehrte Holz- oder Biogasnutzung. Auch wenn noch kein Jahr vergangen ist: Die Entwicklung ist bereits weiter fortgeschritten und die Zielsetzung hat sich verschärft. Die zulässigen CO₂-Emissionen wurden auf null reduziert. Es spielt keine Rolle, ob das Ziel auf das Jahr 2030 oder 2050 gesetzt wird, inhaltlich bleibt es das selbe Ziel. Die technologische und ökonomische Machbarkeit muss ohnehin geklärt werden. Wir machen das lieber sofort, weil die Zeit drängt. In Anbetracht der Investitionszyklen, die innerhalb der Haustechnik herrschen, ist es von grösster Wichtigkeit, dass frühzeitig Konzepte und Strategien erstellt werden, wie eine CO₂-freie Versorgung erreicht werden kann. Im Hinblick darauf, dass sich die gesamte Versorgung auf dem Rückzug befindet und wir die bisherigen Gasheizungen kurz- oder mittelfristig durch andere Wärmeversorgungs-systeme ersetzen werden, ist eine CO₂-freie Abwärmenutzung von grösster Wichtigkeit und Dringlichkeit. Für uns hat die Emissionsproblematik die höchste Priorität. Die Wirtschaftlichkeit ist nur eine abhängige Grösse und muss im Rahmen der «Netto Null»-Bemühungen neu angegangen und berechnet werden. Die fossile Wirtschaft lebte mehr als hundert Jahre lang davon, dass sie von der öffentlichen Hand massiv subventioniert wurde. Die Theorie des freien Marktes wurde gewissermassen ad absurdum geführt. Gemäss Schätzungen der ETH Zürich handelt es sich um Beträge, und zwar nur für fossile Brennstoffe, von weltweit 300 bis 500 Milliarden bis hin zu 5 Billionen US-Dollar pro Jahr. Diese Zahlen basieren auf Schätzungen der Internationalen Energieagentur und des Internationalen Währungsfonds – meines Wissens keine grünen Organisationen. Der Skandal hinter diesem Skandal liegt darin, dass uns seit Jahrzehnten immer wieder die Energieversorgung mit fossilen Energieträgern als Referenzgrösse genüsslich unter die Nase gerieben wird. Die Fernwärmeversorgung mag mit diesem Postulat verteuert werden. Wie teuer jedoch eine Ölheizung ohne staatliche Subventionen wäre, das will ich gar nicht erst wissen. Noch nicht erwähnte ich, dass die Fossilen ihre versteckten Kosten nicht tragen müssen – allem voran die Folgekosten des Klimawandels. Darum kann ich nicht nachvollziehen, wenn Gas- oder Ölpreise als Referenzkosten beigezogen werden. Auf diese Lüge ist im Zuge des «Netto Null»-Ziels zu verzichten. Dann werden Handlungsspielräume frei. Unabhängig davon, ob der Umbau auf eine fossilfreie Wärmeerzeugung mit Geldmitteln vorangetrieben werden kann oder ob wir endlich zu einer ehrlichen postfossilen Ökonomie übergehen können: Wir werden auf jeden Fall gewinnen. In diesem Sinne ist auch die abschliessende Forderung in unserem Postulat gemeint, wonach aufzuzeigen ist, wie den Kundinnen und Kunden des städtischen Fernwärmenetzes und der Energieverbunde bereits heute oder so schnell wie möglich ein vollständig CO₂-freies Produkt angeboten werden kann. Damit treffen wir auch den Sinn der Motion GR Nr. 2019/211. Je schneller wir allen Heizungsbesitzerinnen und Heizungsbesitzern ein fossilfreies Angebot machen können, desto schneller wird der Umbau auf eine dekarbonisierte Wärmeversorgung Realität. Es liegt an uns, Ausreden gelten nicht.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat fordert einen Bericht. Ein Bericht ist etwas Gutes, er liefert Informationen, auch kann er zeigen, wenn etwas nicht gut funktioniert. Ein Bericht schadet niemandem; der Bericht könnte etwa aussagen, dass die Forderungen nicht umsetzbar sind. Ein Bericht, dessen Resultat längst bekannt ist, ist ein unnötiger Bericht. Wir sollten die Stadtverwaltung nicht mit

Berichten beschäftigen, von denen wir das Resultat bereits kennen. Um mit der Fernwärme CO₂-neutral zu sein, braucht es einen neuen Energieträger zur Deckung der Spitzenlast. Momentan ist das vor allem Erdgas. Eine Alternative wäre wie erwähnt beispielsweise Biogas. Weitere Möglichkeiten wären Methan, Wasserstoff und Weiteres. Die vielen Ideen haben jedoch alle einen grossen Schwachpunkt: Auf absehbare Zeit sind sie entweder nicht marktreif, sie können nicht CO₂-neutral erzeugt werden oder der Energieträger ist nicht verfügbar. Das trifft auf das Biogas zu. Auch wenn eine stadtflächendeckende Bio-Abfallsammlung eingeführt wird und auch wenn Bioabfall aus halb Europa importiert wird, wird nicht genügend Biogas vorhanden sein, um die gesamte Stadt mittels Fernwärme auch während der Spitzenlast CO₂-neutral abzudecken. Ein Import ist ökologisch nicht sinnvoll, wenn wir beispielsweise das Biogas aus Deutschland beziehen und dort darum CO₂ ausgestossen wird. Mich erstaunt, dass das Postulat nicht zurückgezogen wurde. Die beiden Postulanten sind Mitglieder der Spezialkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB), in der wir gestern einen Bericht zu diesem Postulat erhielten: Wir hörten wie es aussieht, wie der Fahrplan und die Alternativen aussehen, was getan werden muss, um den Fahrplan zu beschleunigen, was realistisch ist und was nicht. Das Postulat sollte darum zurückgezogen und konkrete Forderungen gestellt werden. Auch sollte ein realistisches Preisschild vermerkt werden, damit der Stimmbürger erfährt, wie hoch die Kosten sein werden. Ansonsten wird die Fernwärme unnötig verteuert und bezahlen müssen das am Ende die Vermieter und der kleine Mann, die kleine Frau.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Tatsächlich wurde uns gestern in der SK TED/DIB vorgestellt, was es bedeutet, wenn die fossilen Energieträger mit anderen Energieträgern ersetzt werden. Dass ein Ersatz gesucht und ausgeführt wird, ist bei der FDP unbestritten. Der Vorstoss ist jedoch nicht vollständig. Darum wollen wir den Text ergänzen: Wir wollen wissen, welche Kosten auf uns zukommen. Das hat ein Realismus-Bezug. Wir wollen wissen, ob wir das bis ins Jahr 2030 oder 2050 erreichen können. Für mich persönlich ist das nicht sehr wichtig. Die Hauptsache ist, dass wir mit der Dekarbonisierung den richtigen Absenkpfad begehen. Die Kosten sind relevant, wenn etwas entschieden werden soll. Dass ein Bericht gefordert wird, halte ich für richtig; gestern blieb es bei einer Folie, die nicht sehr in die Tiefe ging. Der Bericht sollte darum auch die Kostenwahrheit und den Kosten-Nutzen-Effekt aufzeigen.*

Guido Hüni (GLP): *In der Kommission sprachen wir über dieses Thema bereits mehrmals. Was wir aber in der entsprechenden Tiefe noch nicht besprochen, ist die konkrete Auswirkung. Darum sind wir der Textänderung der FDP gegenüber positiv eingestellt. Nicht nur die Machbarkeit, sondern auch die Kosten und der Umsetzungsplan sollten im Bericht reflektiert werden. Er ist sinnvoll, weil wir die Angelegenheit aktuell auf einem sehr hohen Fluglevel besprechen. Für die zukünftigen Massnahmen, auch um die richtigen Rahmenbedingungen zu stellen, brauchen wir mehr Informationen.*

Matthias Probst (Grüne): *Der Sinn eines Berichts ist selbstverständlich, dass man das Resultat im Voraus noch nicht kennt. Wenn wir bereits wüssten, was getan werden muss und auf welche Technologien wir setzen müssen, um das Fernwärmenetz vollständig erneuerbar anzubieten, hätten wir eine Motion mit dem entsprechenden Preisschild eingereicht und den Umbau bereits heute eingeleitet. Leider ist noch nicht bekannt, mit welchen Technologien das erfolgen soll. Darum handelt es sich bei diesem Bericht um einen Forschungsauftrag. Evident ist allerdings bereits, dass auf die Kostenreferenz zum Ölpreis verzichtet werden muss. Sie macht überhaupt keinen Sinn; der Ölpreis wird immer mehr zu einem künstlichen Konstrukt eines massiv staatlich subventionierten Rohstoffs, von dem wir hoffentlich langsam wegkommen. Wir sind sicher,*

dass wir unsere Fernwärme langfristig umbauen müssen. Dass dieser Auftrag entgegengenommen werden muss, ist völlig klar. Die Frage ist nur, bis wann wir das erreichen können. Wir sind der Ansicht, dass die Geschwindigkeit, die uns gestern in der Kommission präsentiert wurde, nicht die richtige ist. Wir setzen eine Tempomarke. Das Jahr 2030 ist das Ziel, an dem wir «Netto Null» erreichen wollen. Wir sind zuversichtlich, dass das theoretisch bei der Fernwärme machbar ist. Die Fragen, was wir zusammenziehen sowie wo und zu welchem Zeitpunkt wir investieren, bleiben noch offen. Bis wann wir «Netto Null» erreichen, ist schliesslich nicht die relevante Frage. Global relevant ist, wieviel noch emittiert wird, bis wir «Netto Null» erreichen. Der Absenkpfad – wie schnell wir reduzieren und auf die fossilen Energieträger verzichten können – ist die relevante Grösse. Darum ist es wichtig, dass das Parlament die entsprechenden Aufträge stellt, um die Beschleunigung zu erreichen.

Michael Kraft (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Die Wärme- und Kälteproduktion ist ein weiteres Feld, in dem die Stadt über grosse Möglichkeiten verfügt. Gleichzeitig kann darin eine deutliche CO₂-Reduktion in Aussicht gestellt werden. Die Fernwärme und der Ausbau der Fernwärmenetzes sind wichtige Bestandteile. Das Ganze nützt jedoch lediglich halb so viel, wenn insbesondere während den Spitzenmonaten im Winter mit fossilen Energien nachgeheizt wird. Über das gesamte Jahr hinweg sind es 20 bis 25 Prozent der Wärme, die von Entsorgung + Recycling Zürich produziert werden und heute aus Gas und Öl bestehen. Im Januar sind es sogar 40 Prozent, während in den heissen Sommermonaten die Energie, die durch die Abfallverbrennung hergestellt wird, lediglich zu einem Drittel genutzt wird. Mit der Stilllegung des Heizkraftwerks Josefstrasse wird der Anteil der CO₂-neutralen Energie zwischenzeitlich verringert, bevor die dritte Verbrennungslinie im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz eröffnet wird. Das zeigt, wie die Zeit für konkrete Lösungen für die Steigerung des CO₂-neutralen Anteils drängt. Wenn wir unserer Verantwortung nachkommen wollen, muss der fossile Anteil so bald wie möglich reduziert werden. Der verlangte Bericht soll das «Wie» aufzeigen: Wie kann das so rasch wie möglich erfolgen. Die gestrige Darstellung in zwei Slides war sehr spannend. Aber das «Wie» wurde nur am Rand gestreift. Unserer Orientierungspunkt ist das Jahr 2030 – nicht erst 2040 oder 2050. Wie der Pfad dahin aussieht, was notwendig ist, welche Investitionen getätigt werden müssen und welches die passenden Speichermöglichkeiten sind, soll beantwortet werden. Die Frage nach den Kosten, wie sie die Textänderung verlangt, ist meiner Meinung nach bereits implizit vorhanden. Wir stellen uns dem jedoch nicht entgegen und nehmen die Ergänzung der FDP gerne an.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Bereits bei der Solarenergie wiesen wir darauf hin, dass wir bereits viele Massnahmen in der Vergangenheit ergriffen. Auch bei der Fernwärme und den Nahverbunden ist der Stadtrat gewillt, den Ausbau voranzutreiben. Im letzten Jahr wurden vom Volk Kredite in der Höhe von 450 Millionen Franken bereits bewilligt. Weitere Kredite werden beantragt, wenn wir die Fernwärme und die Nahverbunde ausbauen wollen. Auch ist ein Rahmenkredit für die Energiedienstleistungen des ewz vorhanden; rund 115 Millionen Franken wurden bisher bewilligt. Wir sind dabei, in die Energieverbunde zu investieren. Der Energieverbund Altstetten-Höngg ist das neuste Beispiel. Bei diesem Postulat handelt es sich meiner Erinnerung nach um ein Überbleibsel aus der Diskussion um den Energieverbund Altstetten-Höngg. Eine Frage war, wie wir die Spitzenlast abdecken werden. Diese Problematik gilt für alle leitungsgebundenen Wärmenetze. Die Zielsetzung ist Teil der Energieplanung. Für Altstetten-Höngg ist geplant, dass einzelne Kunden 100 Prozent wünschen können. Das ist mit Zertifikaten leicht möglich. Selbstverständlich reichen Zertifikate nicht vollständig aus. Darum erteilten wir den Auftrag an die Energieunternehmen, das Konzept für die Möglichkeit einer*

Umsetzung zu erstellen. Die möglichen Lösungen sind überschaubar. Nebst den Zertifikaten gibt es die Möglichkeiten, Holz oder synthetische Gase zu verwenden. Die Energieunternehmen müssen Stellung dazu nehmen, wie ein solches Konzept aussehen sollte. Zur Befürchtung von Dubravko Sinovcic (SVP), dass wir über zu wenig Biogas verfügen: In der Schweiz brauchen wir weniger als die Stadt Hamburg. In einen Engpass werden wir so gesehen kaum laufen. Die Wärmeengewinnung sollte jedoch möglichst vor Ort erfolgen. Darum sind wohl Holz oder synthetisches Gas die naheliegenderen Varianten. Der Stadtrat nimmt das Postulat auch entgegen, weil wir diesen Auftrag bereits erteilt.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert in einem Bericht darzulegen, wie die städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden mittelfristig einen 100-prozentig CO₂-freien Energiemix anbieten können und wie sie zweitens den fossilen Anteil im Energiemix umgehend zu reduzieren beginnen. Der Bericht soll zudem aufzeigen, wie und zu welchen Kosten den Kundinnen und Kunden der städtischen Fernwärmenetze und Energieverbunde schon heute ein vollständig CO₂-freies Produkt angeboten werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1715. 2019/138

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Einkauf von synthetischem, CO₂-neutralem Methan auf dem Markt bzw. Realisierung einer Kooperation oder eines Pilotprojekts

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marcel Müller (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1136/2019): Neue Technologien machen es möglich, dass heute Treibstoffe und Gas synthetisch hergestellt werden können. Es handelt sich um einen Prozess, bei dem man vorher aus der Luft das CO₂ den Abgasen entzieht und dann in einem chemischen Prozess synthetisches Gas oder synthetische Treibstoffe herstellt. Diese Treibstoffe haben den Vorteil, dass sie CO₂-neutral sind. In diesem Zusammenhang wollen wir mit diesem Postulat erreichen, dass der Stadtrat sich kundig macht, ob synthetisches Methan bereits auf dem Markt vorhanden ist oder ob jemand dabei ist, eine Pilotanlage für solches Gas zu erstellen. Falls das der Fall ist, sollte sich die Stadt daran beteiligen. Sobald synthetisches Gas vorhanden ist oder eine Pilotanlage in den Regelbetrieb überführt werden kann, würde das einen grossen Vorteil bedeuten. Bereits heute ist ein Teil des Gases Biogas; ein Anteil an synthetischem Gas kann genauso angefügt werden. Mit dem Zufügen des synthetischen Gases würde der CO₂-Ausstoss um den entsprechenden Anteil gesenkt werden.*

***Dubravko Sinovcic (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Es handelt sich um einen guten Vorstoss und um eine gute Idee. Auch halte ich «Direct Air Capture» für eine gute Sache. Ihr seid jedoch zu spät. Im Gemeinderat überwiesen wir bereits einen Vorstoss, der fordert, dass im Hagenholz ein Pilotprojekt realisiert wird, das diesen Forderungen entspricht. Warum also nochmals ein solcher Vorstoss eingereicht wird, verstehe ich nicht. Das andere Problem ist, dass es sich um Methan handeln sollte. Warum kann es nicht ein anderes Gas sein? «Gas» anstelle von «Methan» wäre eine Möglichkeit; wir können*

nicht voraussagen, welche neuen Technologien in fünf oder zehn Jahren entstehen werden und eine neue Förderung verlangen. Es widerspricht ausserdem unserer Vorstellung, dass der Staat entscheiden sollte, was einer innovativen Technologie entspricht und ob er diese fördern sollte – das sollte der Markt übernehmen. Es handelt sich wiederum um eine Subventionierung einer Sache, von der wir nicht wissen, ob sie sich bewähren wird.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Die FDP nimmt ein wichtiges Thema auf. Sie verlangt den Einkauf oder die Produktion von synthetischem Methan. Dieses würde vermutlich von der «Energie 360° AG» an den Endkunden verkauft und dort der Erzeugung von Wärme oder dem Kochen dienen. Synthetisches Methan wäre jedoch nur, wenn es mit erneuerbaren Energien erzeugt wird, CO₂-neutral. Das Postulat möchte so indirekt die Forschung und Entwicklung dieser Technologie fördern. Wir werden das Postulat jedoch ablehnen. Bei der Herstellung von synthetischem Methan wird chemische Energie nicht auf magische Weise erzeugt. Die Energieerhaltung gilt weiterhin. Es muss also elektrische Energie aufgewendet werden, um unter Verlust Methan zu erzeugen. Würde diese Energie direkt zum Heizen oder Kochen eingesetzt werden, würde nur ein Bruchteil davon benötigt werden. Eine Wärmepumpe beispielsweise würde nur einen Zehntel davon brauchen. Dem gegenüber steht jedoch auch ein Vorteil: Synthetisches Methan ermöglicht die Speicherung von Energie in chemischer Form. Das ist eine der grossen Herausforderungen, denen wir in Zukunft gegenüberstehen werden. Batterien ermöglichen die Speicherung von elektrischer Energie in kleinen Mengen und nur über kurze Zeitspannen. Grosse Mengen können wir mithilfe von Pumpspeicherkraftwerken speichern; davon gibt es in der Schweiz genügend. Die meisten Länder jedoch verfügen über eine flachere Topografie und nicht über diese Möglichkeit. Die Speicherung von elektrischer Energie in Form von chemischer Energie bedeutet dabei die Lösung. Trotz Ineffizienz hat das seine Berechtigung. Methan hat aber leider drei grosse Nachteile. Einerseits sind die Handhabung und die Speicherung von Gas verhältnismässig aufwendig. Zweitens lässt sich Methan in seinen heutigen Einsatzgebieten sehr effizient durch Elektrizität ersetzen. Drittens kann Methan mit Hilfe von Biomasse und Mikroorganismen viel effizienter hergestellt werden als mit elektrischer Energie. In unseren Augen sollten deshalb Ressourcen eingesetzt werden, um überschüssige elektrische Energie in Methanol umzuwandeln. Die Vorteile liegen auf der Hand. Erstens kann man das Methanol problemlos lagern. Zweitens – und das ist der wichtige Punkt – ist es einsetzbar für den einzigen Zweck, für den wir mittelfristig keinen Ersatz für chemische Treibstoffe sehen: in der Fliegerei. Die Speicherung von elektrischer in Form von chemischer Energie macht durchaus Sinn, wenn zwei Punkte gegeben sind. Erstens muss das chemische Produkt als Energieträger einen Einsatzbereich haben, in dem es nicht CO₂-neutral ersetzt werden kann. Zweitens darf die Produktion nur aus überschüssiger und erneuerbarer elektrischer Energie erzeugt werden. Jede andere Form von Energie lässt sich effizienter speichern, indem sie nicht zu elektrischer Energie umgewandelt wird. Das für das Methan der erste Punkt nicht erfüllt ist, werden wir Postulat ablehnen.*

Isabel Garcia (GLP): *Es handelt sich um ein Postulat: Der Stadtrat soll prüfen, ob Möglichkeiten für eine solche Kooperation und gegebenenfalls für ein Pilotprojekt bestehen. Es geht hier um einen Bereich des Testens und Pilotierens. Aus diesem Grund unterstützt die GLP das Postulat. Klimaschutzmassnahmen bedeuten auch eine Chance für den Werkplatz, Innovationsstandort und Wirtschaftsstandort Zürich. Es handelt sich hier um ein Postulat, bei dem man den Mut für Innovationen zusammennehmen muss und etwas erproben sollte. Ohne Erprobungen kommen wir nicht weiter. Mit der ETH, den anderen Hochschulen und den Start-up-Unternehmen befindet sich die Sache in einer*

guten Landschaft. Es braucht den Mut, neue Wege zu begehen und um Neues auszuprobieren. Auch für die Stärkung des Werkplatzes, Innovations- und Wirtschaftsstandorts Zürich stimmt die GLP dem Postulat zu.

Markus Kunz (Grüne): *Die Grüne-Fraktion kündete bereits in der Fraktionserklärung an, dass wir keine Vorstösse unterstützen, die in die falsche Richtung gehen oder die zu viele Ressourcen in die Projekte leiten wollen, die heute sinnlos sind und auch in Zukunft kaum sinnvoller werden. Beim vorliegenden Postulat handelt es sich um ein solches. Ich bin erstaunt über das Postulat. Die FDP stellte eigentlich lehrbuchmässig eine Schriftliche Anfrage. Die Antwort darauf fiel genau gelesen jedoch vernichtend aus. Wenn ich im Folgenden von erneuerbarem Gas sprechen, gilt dieselbe Argumentation für Biogas. Es gibt europaweit viel zu wenig Biogas. Eine aktuelle Studie, die auch in der erwähnten Stadtratsantwort zitiert wird, stammt von der Konferenz Kantonaler Energiefachstellen. «Energie 360°» spricht bereits von einem Ziel von 30 Prozent im städtischen Gasnetz – heute sind es 13 Prozent – was alleine bereits sehr ambitiös wäre. Dazu müsste «Energie 360°» gewissermassen die gesamte Schweiz leerkaufen. Die Studie besagt: «Das Ziel von 30% erneuerbarem Gas im Wärmemarkt für Wohnräume bis 2030 – 4,5 Terrawattstunden gemäss Schätzungen der Gasindustrie – erscheint im Vergleich zu der in dieser Studie vorgenommenen Schätzung des Potenzials ehrgeizig.» Das ist freundlich ausgedrückt. Biogas scheint den Status einer Heilserwartung zu haben. Ein Teil der Ressourcen, aus denen Biogas hergestellt wird, stammt aus der Nahrungsmittelverschwendung. Das ist ein Grund, warum es in der Stadt nicht viel mehr erneuerbares Gas geben wird. Der zweite Punkt sind die Kosten. Das synthetische Gas ist so teuer, dass das Beschreiten eines solchen Wegs eine Geldverschwendung bedeutet. Der Stadtrat erwähnt Kilowattstunden-Kosten von bis zu 70 Rappen. Wir sind der Meinung, dass die Energiewende und die Bekämpfung der Klimakatastrophe etwas kosten dürfen und müssen. Das heisst aber nicht, dass wir die Träume der Gasindustrie finanzieren sollen, die das synthetische Gas als Ausweg aus ihrer Misere ansehen. Der dritte Punkt ist der überschüssige Strom. Monatlich können wir in der NZZ einen Artikel lesen, der die nächste Stromlücke ankündigt, während gleichzeitig in Europa Überschussstrom besteht. Fakt ist, dass tatsächlich in sehr geringen Zeiten, wenn die Sonne in ganz Europa scheint und der Wind bläst, das Phänomen Überschussstrom existiert. Das reicht jedoch bei weitem nicht, um nennenswerte Mengen von synthetischem Gas herzustellen. Viertens geht es nicht darum, Erdgas mit Biogas oder synthetischem Gas zu ersetzen. Wir wollen kein Gas mehr im Gebäudewärmebereich. Energietechnisch ist es falsch, einen solchen Energieträger, der kostbar ist, zu verheizen. Wenn schon, dann sollte das in Kombi-Anlagen geschehen, was aber auch nicht sein sollte. Aus übergeordneter Sicht müssen wir sparsam damit umgehen und das wenige synthetische Gas in Bereichen einsetzen, in denen tatsächlich keine Alternativen bestehen: beispielsweise beim Flugtreibstoff, generell beim Treibstoff oder bei Hochtemperaturanwendungen in der Industrie. Fünftens wird diese Forderung gestellt, weil sie bequem ist. Mit synthetischem Gas muss nichts verändert werden; das Erdgas kann durch Biogas oder synthetisches Gas ersetzt werden. Damit wird die Gasindustrie gerettet und vor allem muss man das Verhalten nicht verändern. Biogas und synthetisches Gas sind keine Energieträger für die Bekämpfung des Klimawandels und sie werden es auch in absehbarer Zeit nicht sein. Ein Vorteil besteht: die Rückwärtsverstromung von gelagertem Biogas. Der Gesamtwirkungsgrad jedoch ist so schlecht, dass erst noch viel Forschung notwendig ist.*

Ernst Danner (EVP): *Der Ablehnungsantrag der SVP und die Begründung der SP dünken mich spitzfindig und die Ablehnung von Markus Kunz (Grüne) zeugt meiner Meinung nach von Halbwissen. Meinem Halbwissen entsprechend ist das Problem der Energiespeicherung vor allem bei der Wind- und Solarenergie ein Thema. Den Voten entsprechend scheint das kein Problem mehr zu sein. Wenn ihr zustimmt, dass mehr*

Speicherseen in den Alpen entstehen sollen und mehr Gastanks, in denen die Solar- und Windenergie gespeichert wird, dann kann das diskutiert werden. Ich bin der Meinung, dass das Thema der Speicherung der Solar- und Windenergie riesig ist. Wenn die Grünen der Meinung sind, dass das gelöst wurde, möchte ich mehr dazu erfahren. Wir sind der Meinung, dass alle Möglichkeiten der Zwischenlagerung von Energien, bei denen eine Erfolgchance besteht, ausgetestet werden sollen. Heute morgen telefonierte ich mit Professor Friedl der Hochschule Rapperswil. Dort wurden Pilotanlagen bereits in einem kleinen Massstab erstellt. Er sagte mir, dass man im industriellen Massstab vom Strom, der durch Sonnenenergie erzeugt wird, 50 Prozent ins Gas hinüberbringen könne. Das ist nicht viel, aber ich weiss nicht, wie der Prozentsatz bei anderen Technologien aussieht. Bei der Zurückverstromung entsteht wiederum ein Verlust. Das gilt auch für die Speicherung in Batterien und in Speicherseen. Es lohnt sich, zu ermitteln, welches die effizienteste und situationsbezogen beste Methode ist. Im Postulat wird Methan ausgeführt. Dr. Florian Blättler (SP) erwähnte Methanol, eine Flüssigkeit. Auch Wasserstoff stellt eine Möglichkeit dar. Auch können weitere Stoffe eine Möglichkeit darstellen. Das Postulat sollte nicht am Begriff Methan scheitern. Methan ist das Gas, mit dem am besten umgegangen werden kann; es handelt sich um eine bekannte Technologie. Wasserstoff ist bereits schwieriger. Wir halten das Postulat für einen sinnvollen Versuch und sind deshalb erstaunt über die Gegenstimmen.

Simon Kälin-Werth (Grüne): *Die Grüne-Fraktion verlangt generell den Ausstieg aus der erdgasbasierten Technologie. Ein wichtiger Grund wurde noch nicht genannt. Erdgas ist nahezu identisch mit reinem Methangas: CH₄. Ein Kohlenstoffatom in Verbindung mit vier Wasserstoffatomen mag sich harmlos anhören. Leider ist das Methangas eines der potentesten Treibhausgasen, die es gibt. Die heutige Förderung von Erdgas ist zwangsläufig mit gewissen Verlusten verbunden. Einerseits gibt es auf diesen Gasfeldern, Gasquellen, die nicht so gut unter Kontrolle sind, wie das auf dem Papier aussieht. Andererseits gibt es die Transportproblematik. Das Gas muss über sehr weite Distanzen transportiert und unterwegs in unterirdischen Tavernen zwischengespeichert werden. Überall sind Verluste des Erdgases möglich. Das bedeutet, dass eines der potentesten Treibhausgase in die Atmosphäre entweichen könnte. Für den Klimaschutz hat das fatale Konsequenzen und ist somit das Gegenteil von dem, das wir erreichen müssen. Der Ausstieg aus den fossilbasierten Technologien macht deshalb sehr viel Sinn. Methan ist auch im sibirischen Permafrost gespeichert, weil es bei fast allen biologischen Prozessen entsteht. Es gibt auch Methaneis in fester Form auf dem Meeresgrund; die Forschung befürchtet, dass wenn dieses an die Oberfläche kommt – was eintreten kann, wenn sich die Ozeane weiter erwärmen – es wegen des hohen Gehalts an Methangas in der Atmosphäre zu einer gewaltigen Methangasexplosion führen könnte. Das ist einer der Kippunkte im Klimasystem: Wenn das eintritt, bestehen keine Optionen mehr für uns Menschen. Deshalb haben wir sehr viel Skepsis gegenüber der zwiespältigen Technologie von Methan- und Erdgas.*

Michael Schmid (FDP): *Fünf Minuten reichen nicht, um mich nur schon mit dem Votum von Markus Kunz (Grüne) fundiert auseinanderzusetzen. Glücklicherweise haben wir in der Pause die Möglichkeit, auch mit wissenschaftlicher Unterstützung das Thema weiter zu diskutieren. Markus Kunz (Grüne) sprach davon, dass auf der Nachfrageseite mit dem Vorstoss nichts verändert werden müsste. Mit der Nachfrageseite hat der Vorstoss jedoch nichts zu tun; es geht alleine um die Angebotsseite. Auf die Nachfrageseite kommen wir noch, beispielsweise mit unserer Interpellation, die aufzeigt, dass 25 Prozent der Gebäudeflächen in der Stadt denkmalgeschützt sind, was andere Herausforderungen an die energetische Sanierung stellt als bei einem Neubau. Bei energetischen Sanierungen dürfte mehr Platz für Gasanwendungen vorhanden sein, als sich das die Grünen vorstellen. Die Produktion von erneuerbarem Methan koste heute 70 Rappen. Auch dieser Betrag der 70 Rappen pro Kilowattstunde erinnert beinahe fatal an Voten und*

Diskussionen, die Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre geführt wurden: Die als Atombaronen bezeichneten Experten, die nichts mit Photovoltaik zu tun haben wollten, sind genau mit diesem Argument gegen die Photovoltaik ins Feld gezogen. Sie argumentierten, dass Photovoltaik 70 Rappen oder mehr kosten werde, weshalb nichts verändert werden sollte. Die Stromüberschüsse gäbe es lediglich noch sporadisch; sie seien eigentlich vernachlässigbar. Vorher unterstützten wir ein Postulat, das grossmehrheitlich überwiesen wurde. Darin steht, dass bis ins Jahr 2030 10 Prozent der Stromproduktion der Stadt Zürich durch Photovoltaik (PV) erfolgen soll. Das bedeutet einen grossen Zubau und eine neue Situation bezüglich der Stromüberproduktion, wenn die Sonne scheint und der Unterproduktion, wenn sie nicht scheint. Der Fraktionspräsident der SP in der Bundesversammlung veröffentlichte ein Buch, in dem er schreibt, dass 50 Gigawatt PV zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie installiert werden sollten. Das bedeutet eine vollständig neue Welt, in der auch die Grünen über neue Ideen nachdenken müssen. Es macht Sinn, das in der Ratspause weiter zu diskutieren.

Guido Hüni (GLP): *Wir sollten keine ideologischen Scheuklappen aufsetzen. Das Ziel sollte sein, den CO₂-Ausstoss zu minimieren. Dabei kann CO₂-neutrales Methan eine Rolle spielen. Das bereits im Vorfeld auszuschliessen, halte ich für den falschen Weg. Am 1. April hat «Energie 360°» bei ihrem Standardprodukt den Biogasanteil auf 15 Prozent erhöht, bei ihrem zweiten Produkt auf 25 Prozent. Das Argument, dass kein entsprechendes Biogas vorhanden sei, halte ich für problematisch: Die Verträge und die Anlagen werden erst entstehen, wenn die Nachfrage besteht. Biogas aus dem Ausland und ausländische Anlagen auszuschliessen, entspricht der Diskussion bezüglich des Windstroms, bei dem keine ausländischen Anlagen gebaut werden sollen, da der Strom dann dort fehlen würde. Faktisch ist jedoch, dass dann diese Anlagen nicht gebaut werden. Die Überschussenergie an den Tagen, an denen Negativpreise bestehen, kommen nicht von der Photovoltaik. Diese Tage sind um Weihnachten herum und entstehen vor allem wegen der Windproduktion, nicht wegen der Photovoltaik. «Energie 360°» beispielsweise führte zusammen mit dem Paul Scherrer Institut einen tausend Stunden dauernden Langzeittest im Klärwerk Werdhölzli aus. Sie wiesen nach, dass sich Power-to-Gas auch unter realen Bedingungen bestens bewährt. Auf dem kann durchaus aufgebaut werden und man sollte es nicht aus ideologischen Gründen leichtfertig abtun.*

Matthias Probst (Grüne): *Fakt eins: Wenn wir CO₂ aus der Atmosphäre herausfiltern wollen, sollten wir ehrlich sein. Das Preisschild liegt zwischen 600 und 800 US-Dollar pro Tonne. Heute sind wir sehr weit davon entfernt, als wo wir gestanden sind, als die Solarenergie als zu teuer veräußelt wurde. Mit dem Geld hätten wir die Energiewende bereits erreichen können. Zweiter Fakt: Wenn Strom zu Gas und später zurück zu Strom umgewandelt wird, liegt der Wirkungsgrad unter 50 Prozent. Wenn der Strom in einen Stausee gepumpt und dann wieder von dort geholt wird, liegt der Wirkungsgrad bei 65 bis 85 Prozent. Das sind physikalische Grenzen. Wird der Strom in einer Batterie gelagert, entspricht das einem Wirkungsgrad von bis zu 95 Prozent. Es macht keinen Sinn, auf die am wenigsten effizienteste Technologie zu setzen, wenn die anderen Technologien bestehen und die physischen Grenzen bekannt sind. Unser Trägermedium in der Zukunft ist nicht das Gas, sondern der Strom. Es wäre gut, dies endlich zu akzeptieren. Das Problem bei solchen Vorstössen ist einfach, die Leute, die heute in der Schweiz Erdgasheizung oder sogar Ölheizungen betreiben, rüsten ihre Heizsysteme nicht um. Dies weil ihnen suggeriert wird, dass ihr Haus in Zukunft mit Biogas oder synthetischem Gas geheizt werden kann. Das wird nicht eintreffen. Wir sind auf die Umrüstung angewiesen, uns läuft die Zeit davon. Wir wären sehr froh, wenn die Heizersätze, die heute auch in Zürich noch zu 80 % von Fossil zu Fossil passieren, sofort auf erneuerbare umgestellt werden. Es darf nicht sein, dass heute auch nur eine einzige Heizung durch eine fossile Heizung ersetzt wird. Mit solchen Vorstössen suggerieren wir der Bevölkerung, dass es eine Lösung in einem postfossilen Zeitalter gibt, in dem immer noch fossile*

Energie verbraucht werden kann und dass man sich jetzt zurücklehnen könne und nichts machen müsse. Es handelt sich um billigen Populismus, so etwas in den Raum zu setzen. Bei solchen suggestiven Thesen sollte vorsichtiger umgegangen werden.

Marcel Müller (FDP): *Wenn wir nun vollständig auf Heizungsersatz setzen, was heisst das? Wir werden niemanden zwingen können, jetzt sofort die eigene Heizung zu ersetzen. Die Heizungen werden ersetzt, wenn sie ersetzt werden müssen. Das kann in einem Zyklus von fünfzehn, zwanzig oder noch mehr Jahren sein. Die Frage ist jedoch, ob ein Ersatz des Heizmittels viel früher verfügbar ist, der eingesetzt werden kann, bis die Heizung ersetzt wird.*

Michael Schmid (FDP): *Ein Strombaron aus den 1980er-Jahren wäre stolz auf das Votum von Matthias Probst (Grüne). «Alles muss elektrifiziert werden.» Aber woher sollte dieser Strom heute und in Zukunft kommen? In einer kalten Winternacht kommt er momentan noch aus einem deutschen Kohlekraftwerk. Wenn diese vom Netz gehen, braucht es eine neue Lösung. Der Wirkungsgrad von Photovoltaik, wenn sie abgeregelt werden muss, entspricht übrigens 0 Prozent.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Wenn wir am CO₂-Ausstoss nachhaltig und vor allem rasch etwas ändern wollen, müssen wir alle Lösungen, die möglich sind, in Betracht ziehen. Es gibt nicht eine Lösung für alles. Der Stadtrat will die Fernwärme ausbauen. Das braucht seine Zeit. Diese 1 Milliarde Franken, die wir innerhalb von zwei Jahren bewilligen, müssen zuerst noch verbaut werden. Synthetisches Gas hat darum durchaus seinen Anwendungszweck. Synthetisches Gas hat einen Sinn, auch wenn der Wirkungsgrad nur besteht, wenn Überschussenergien gebraucht werden. Zunehmend produzieren wir in Skandinavien Strom. Die Stromnetze aus dem Norden in den Süden sind nicht für einen einfachen Transport in den Süden ausgerichtet. Es besteht die Frage, wie Energie gespeichert werden soll. Es handelt sich um Anwendungszwecke, die genutzt werden können. Die Spitzenlastabdeckung muss in den Fernwärmegebieten gewährt werden. Wenn das nur mit Holz erfolgen soll, bauen wir statt dem Seerestaurant auf dem Zürichsee eine grosse Holzschnitzelanlage. Das entspräche jedoch nicht unserer Vorstellung. Gewisse Fragestellungen bleiben noch offen. Was machen wir, wenn andere Wärmeträger – etwa bei denkmalgeschützten Häusern – nicht zur Verfügung stehen. In der Altstadt können die Fernwärmenetze teilweise auch aus baulichen Gründen nicht erstellt werden können. Dort wollen wir untersuchen, wie wir beispielsweise mit CO₂-neutralem Gas – nicht Erdgas und nicht fossil – mögliche Lösungen erarbeiten können. Strom zum Heizen ist ausserdem bezüglich des Wirkungsgrads wohl nicht die beste Möglichkeit. Das Postulat fordert auf, dass wir ein Pilotprojekt realisieren. Ein Pilotprojekt wurde bereits erwähnt; mit dem Innovationsfonds der «Energie 360°» beteiligt sie sich bei Startups, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Die Wirtschaftlichkeit und das vorhandene Potential müssen schliesslich in Betracht gezogen werden. Es ist nicht sinnvoll, die teuerste, sondern eine wirtschaftliche Technologie zu verwenden. Deswegen nehmen wir das Postulat entgegen. Wir wollen die Innovation fördern und daran forschen. Mit den heute vorhandenen Techniken ist die Wirtschaftlichkeit noch nicht vorhanden. Darum ist die Innovation gefordert, damit wir für die erwähnten Spezialfälle eine Möglichkeit haben, CO₂-neutral zu heizen.*

Das Postulat wird mit 38 gegen 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1716. 2019/211

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:

Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO₂-freie Wärmeproduktion

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Guido Hüni (GLP) begründet namens der GLP-Fraktion die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1275/2019): Wenn die grosse Stellschraube beim CO₂-Ausstoss betrachtet wird, führt nichts daran vorbei, sich um die Öl- und Gasheizungen in der Stadt zu kümmern. Aktuell sind es noch etwa 170 000 Wohnungen, die mit der Energie aus Öl- und Gasheizungen versorgt werden. Das entspricht etwa 23 000 Öl- und Gasheizungen. Das Ziel muss sein, bis ins Jahr 2030 die Öl- und Gasheizungen weitgehend zu ersetzen. Mit dieser Motion soll der Stadtrat beauftragt werden, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen. Diese soll einen Fonds schaffen, der jährlich mit 50 Millionen Franken ausgestattet wird. Die Zielvorgabe dabei ist, alle Öl- und Gasheizungen bis ins Jahr 2030 zu ersetzen. Ausgenommen sind Gasheizungen in Gebieten, in denen der Einbau mit einer anderen Heizungstechnologie aus räumlichen Gründen nicht möglich ist. Die engen Verhältnisse im Niederdorf beispielsweise lassen keine Erdsondennutzung oder eine Holzschnitzelheizung zu. Dort sollen Gasheizungen weiterhin möglich sein, welche jedoch auf CO₂-freie Wärmepumpen-Produktion umgerüstet werden sollen. Beispielsweise kann das mit Biogas erfolgen. Bereits bestehende Fördermassnahmen und Fördergelder sollen in den neuen Fonds integriert werden. Auch ein wichtiges Thema ist, dass heutzutage 80 Prozent aller Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die sich entscheiden, ihre Öl- oder Gasheizung zu ersetzen, sich wieder für eine solche entscheiden. Das ist der Fall, obwohl heute eine Erdsonde oder eine Holzschnitzelanlage wirtschaftlich betrachtet durchaus konkurrenzfähig ist. Die Anschaffungskosten sind jedoch im Vergleich zu einer Gasheizung höher. Das stellt ein Problem dar, wenn ein Vermieter die Nebenkosten auf die Mieter überwälzen kann und somit den Anreiz hat, eine günstige Heizung zu kaufen. Das soll auch behoben werden, indem der Fonds Beratungsangebote und Informationen für die Öffentlichkeit verbessert. Der Fonds beinhaltet eine Exitstrategie. Wir wollen nicht, dass dieser ohne Ende weitergeführt wird. Wenn das Ziel erreicht ist, sollte er aufgelöst werden. Das ist der Fall, wenn 95 Prozent der Öl- und Gasheizungen in den in Frage kommenden Gebieten auf eine CO₂-freie Produktion umgestellt haben. In der Zwischenzeit haben sich Neuerungen ergeben. Eine Umsetzung des Fonds seitens der Verwaltung ist wegen der HRM2-Rechnungsregelung nicht möglich. Deshalb wird ein Textänderungsantrag gestellt.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Die Motionäre fordern den Stadtrat auf, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die einen Fonds schafft, der mit jährlichen Mitteln von 50 Millionen Franken ausgestattet wird. Das Ganze ist nicht Sache der Stadt. Unsere Bürgerinnen und Bürger wissen selbst, was zu tun ist. Die Stadt sollte sich nicht überall einmischen und dafür jährliche Mittel von 50 Millionen Franken bereitstellen. Dafür braucht es keine neuen Fördergelder; es gibt sie bereits, die unserer Meinung nach ausreichen. Bereits heute haben sich schon einige Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer auf neuere Modelle von Heizungen umgestellt – beispielsweise Erdsonden oder Pelletheizungen. Entsprechende Kampagnen bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern genügen vollends. Ab dem Jahr 2023 sollen für Altbauten, in denen Heizungen ersetzt werden müssen, ein CO₂-Grenzwert gel-

ten. Die Limite wird jedoch so gesetzt, dass in Zukunft keine weiteren Öl- und Gasheizungen eingebaut werden können. Wenn Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zukünftig eine neue Heizung wollen, müssen sie sich nach alternativen Systemen umsehen. Wir wollen auch hier an die Eigenverantwortung der Hausbesitzer appellieren. Bei Altbauten finden immer wieder Umbauten statt. Bei einem solchen kann gleichzeitig die Heizung erneuert werden. In der im Moment herrschenden Klimahysterie ist unserer Meinung nach eine solche Motion nicht angebracht. Wenn alles bis ins Jahr 2030 umgesetzt werden sollte, was wir in der Fraktion stark bezweifeln, sind alle Mittel dazu recht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Wir konnten die Treibhausgasemissionen seit dem Jahr 1990 um 1,5 Tonnen pro Person reduzieren und sind jetzt bei 4,7 Tonnen. Damit sind wir noch weit weg vom langfristigen Ziel. Wahrscheinlich werden wir auch das Zwischenziel bis ins Jahr 2020 nicht erreichen. Wir müssen uns also fragen, mit welchen Massnahmen wir möglichst effizient mit einem grossen Schritt in die richtige Richtung gehen. Der grösste Hebel bei den Treibhausgasemissionen liegt neben dem Verkehr bei der Wärmeversorgung. 50 Prozent aller Treibhausgasemissionen in der Stadt stammen aus der Wärmeversorgung von Gebäuden. Die Wärme zum Heizen der Gebäude wird immer noch zu 80 Prozent mit fossilen Brennstoffen erzeugt. Es gibt in Zürich also noch tausende Öl- und Gasheizungen. Auch stellten wir fest, dass in den letzten Jahren immer noch 80 Prozent aller Hauseigentümerschaften bei einem Ersatz einer Öl- und Gasheizung wieder auf eine Öl- und Gasheizung wechseln. Die Gründe sind, dass noch zahlreiche Hürden bestehen. Eine davon sind die Investitionskosten: Es ist teurer, wenn eine Heizung mit erneuerbarer Energie installiert wird. Auch ist es der Fall, dass das Baubewilligungsverfahren teilweise zu wenig bekannt und teilweise zu kompliziert ist. Es sind aber auch die Informationen: Wir mussten feststellen, dass viele zu wenig Bescheid wissen darüber, welche Alternativen in ihrem Quartier vorhanden sind. Die Stadt bietet bereits Vieles an: Energie-Coachings, 2000-Watt-Beiträge, Pilotprojekte, bei denen wir beispielsweise 50 Prozent des Restwerts der fossil betriebenen Heizungen mitfinanzieren. Das sind Angebote, die bis anhin einiges beigetragen haben. Wir sind jedoch immer noch weit weg vom Ziel. Intern arbeiten wir bereits an einem Anschubprogramm für den Heizungsersatz. Wichtig ist auch, dass wir uns mit diesem Programm an die übergeordneten Richtlinien des Kantons und Bundes halten. Der Entscheid des Ständerats, der diesen Montag fiel, dass bei Altbauten strengere CO₂-Grenzwerte eingeführt werden ist zu begrüssen und führt sicherlich zu einer Beschleunigung der Umsetzung. Wir sind uns bewusst, dass auch das nicht ausreichen wird und dass es weitere Massnahmen braucht. Das gilt auf für die kantonale Ebene, auf der sich das Energiegesetz im Moment in der Überarbeitung befindet. Wir gehen davon aus, dass dort auch weitere Weichen definiert werden, um den Prozess weiter zu beschleunigen. Der Fonds sei nicht das richtige Instrument. Diesbezüglich folgt ein Textänderungsantrag. Wir gehen davon aus, dass wir die Möglichkeit haben, mit einem Rahmenkredit etwas präsentieren zu können. Dem Stadtrat ist bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. Darum begannen wir bereits mit der Überprüfung und der Aufbereitung von möglichen Varianten.

Andreas Kirstein (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Es handelt sich um eine interessante Motion, die bereits ein Sanierungsfall ist. Die AL versucht das in zwei Schritten zu machen. Die erste Sanierungsnotwendigkeit wurde bereits von STR Andreas Hauri erwähnt. Die zweite notwendige Korrektur betrifft den Energieersatz. Es muss gewissermassen verhindert werden, dass das Ganze zu einer Mietpreistreibeerei wird. Häufig ist es so, dass gewisse Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer trotz scheinbar besseren Wissens auf eine herkömmliche Energielösung setzen. Häufig ist es nicht damit getan, die eigene Heizung durch etwas Neues zu ersetzen wie etwa durch

eine Wärmepumpe. Einerseits geht das häufig nicht, weil der Wirkungsgrad so viel kleiner ist, dass meistens auch eine Sanierung der Gebäudehülle notwendig ist. Dann handelt es sich um eine grössere Investition im Vergleich zum Ersatz der alten Ölheizung durch eine modernere und vielleicht emissionsfreiere. Das muss geändert und so gestaltet werden, dass das Ganze nicht alleine auf Kosten der Mieterinnen und Mieter geht. Die Mieterbewegung endete in der Energiedebatte 2017 deutlich mit einer Niederlage. Im Gebäudebereich werden die Lasten ungleich verteilt. 90 Prozent der Haushalte leben in der Stadt zur Miete. Über ihre Heizkosten bezahlen die Mieterinnen den überwältigenden Teil der CO₂-Abgaben. Ein Drittel davon erhalten die Vermieter und Eigenheimbesitzer als Subvention ohne die geringste Auflage. Mangels griffigen Kündigungsschutzes in der Schweiz bezahlen die Mieterinnen und Mieter oftmals doppelt mit dem Verlust ihrer angestammten Wohnung, die nach der Energiesanierung nicht mehr bezahlbar ist. Lobbystarke Organisationen wie der Hauseigentümerverband benützen die Klimadebatte, um alle Umstellungskosten auf die Mieterinnen abzuwälzen. Die überwältigen zuerst die CO₂-Abgaben auf die Mieter, kassieren ein Drittel davon als Subvention für die energetischen Sanierungen, kündigen den bisherigen Mietern, um teurer zu vermieten und können am Ende alles von den Steuern abziehen. Das kann nicht der Zukunft von diesem Weg entsprechen. Mir ist klar, dass meine Textänderung zahllos ist. Wir stimmen am Schluss aber trotzdem zu, weil heute Klimanacht ist. Wir müssen vielleicht wieder mit dem Mieterverband, den Mieterinneninteressen und Hauseigentümerverband eine Lösung finden, um die Kosten anders verteilen zu können. Die vorgeschlagene Textänderung fügt nach dem dritten Satz ein: «Es soll vermieden werden, dass ein städtisch geförderter Heizungsaustausch als Grund für eine Mietzinserhöhung angeführt werden kann.»

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Die Grundstossrichtung der Motion ist uns sehr sympathisch. Es geht darum, nicht mit Verboten oder Zwang, sondern mit einem Anreiz und mit Informationen die Leute zu einem vernünftigeren Handeln zu bewegen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Motion nicht zu retten ist. Wir stimmen den Vorstössen nicht zu, die planlos, masslos und nutzlos sind. Leider treffen alle drei auf diese Motion zu. Planlos: Es besteht ein Problem. 80 Prozent aller fossilen Heizungen werden durch neue fossile Heizungen ersetzt. Der Erneuerungszyklus beträgt zwanzig bis dreissig Jahre. Wenn es so weitergeht, haben wir also auch in 300 Jahren noch fünf Prozent fossile Heizungen. Die Problemlösung entspricht nicht einem Plan. Geld soll dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden und er sollte etwas damit machen. Informationen zum Plan gibt es nicht. Es handelt sich nicht um eine Analyse zum Markt für Öl- und Gasheizungen und andere Heizungstypen und analysiert den Grund dafür, warum der Markt heute so funktioniert wie er es tut. Mit der Motion sollte das Problem gelöst werden, indem der Regierung 50 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. In zehn Jahren entspricht das einer halben Milliarde Franken. Das ist masslos. Wie kommt man auf den Betrag von 50 Millionen Franken? Dazu hat sich Guido Hüni (GLP) nicht geäussert. In zehn Jahren entspricht dieser Betrag 22 000 Franken für jede der 23 000 fossilen Heizungen. Wir sollten uns fragen, ob es sozialpolitisch sinnvoll ist, das Geld so umzuverteilen. Spannend ist, dass eine Öl- oder Gasheizung für ein Acht-Parteien-Haus 30 000 bis 40 000 Franken kostet. Der Betrag einer Erdsonden-Heizung liegt bei 80 000 bis 100 000 Franken. Wenn ein finanzieller Anreiz gesetzt werden sollte, reicht eine halbe Milliarde Franken nicht aus, obwohl das sehr viel Geld ist. Um einen Anreiz zu schaffen, müssten in zehn Jahren etwa 1,5 Milliarden Franken zur Verfügung gestellt werden. Bei der Motion bestehen also ein Übermass sowie ein Untermass. Und noch zum Punkt der Nutzlosigkeit: Es ist nicht so, dass in diesem Bereich nichts geschieht. Es gibt das CO₂-Gesetz. Auch das bedeutet Kosten und macht andere Investitionen interessanter. Zum zweiten gibt es die «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) 2014,

die relativ deutliche Voraussetzungen schaffen und festhalten, unter welchen Umständen in Zukunft eine fossile Heizung mit einer fossilen Heizung ersetzt werden darf. Der dritte Aspekt ist der Richtplan unserer Gemeinde. Dieser hält fest, in welchen Zonen zukünftig welche Energieversorgung bestehen soll. Diese Motion greift in einem System ein, das bereits darauf ausgerichtet ist und das bereits in die richtige Richtung geht. Wir Freisinnigen lehnen darum heute auch die von der AL sanierte Motion ab. Wir sind jedoch gerne bereit, weiter in diese Richtung zu denken: Welche Informationen braucht der Hauseigentümer und welche Anreize müssen für ihn geschaffen werden, damit eine höhere Konversationsrate von fossilen zu erneuerbaren Heizungen entsteht?

Dr. Mathias Egloff (SP): Es handelt sich hier nicht um die reinste Motion; das Klima zu retten, ist ein Drecksjob, aber jemand muss es machen. Holz fängt nicht von selbst an zu brennen. Wenn Holz angezündet wird, muss es erst etwas hinzugefügt werden, das die Flamme am Brennen hält, bis alles so heiss ist, dass es von selbst brennt. Erst muss eine Aktivierungsenergie erzeugt werden, damit der Prozess spontan weitergeht. Obwohl die Sonne gratis und zuverlässig scheint und unser gesamter Energiebedarf locker decken kann und obwohl die Technik längst vorhanden ist, besteht immer noch eine grosse Mehrheit von Öl- und Gasheizungen. Leider wird das nicht besser; da immer noch 80 Prozent der Eigentümerschaft bei einer Erneuerung wieder eine Ölheizung anschafft. Das geschieht aus Unwissen oder weil es momentan gerade günstiger ist. Wenn es umgekehrt wäre, würden innerhalb von kurzer Zeit alle fossilen Heizungen ersetzt werden. Die Sonne scheint gratis und die Erde ist im Inneren gratis warm. Warum geschieht dies also nicht von selbst? Weil die Aktivierungsenergie fehlt. Die Aktivierungsenergie entspricht Investitionen, die sich wie alle Investitionen erst nach einer Weile auszahlen. Nach einer gewissen Zeit gehen alle Investitionen automatisch in die richtige Richtung, weil die Sonnenenergie gratis ist. Öl und Gas entsprechen teuren «Abofallen», in denen wir gefangen sind; die Sonne entspricht sinngemäss einer günstigen Flatrate. Für die Vorausgehenden darf das Risiko nicht untragbar und der Preis darf nicht ruinös sein. Sonst beginnt niemand damit. Um das zu beheben braucht es Geld. Wir befinden uns in einer beispiellosen Negativzinsphase. Eigentlich bezahlen uns Investitionswillige Geld, damit wir handeln. Wir sollten handeln; bis die Zinsen wieder steigen, werden die Investitionen wieder hereingeholt. Jede Generation von Solaranlagen hat eine kürzere Zeit als die letzte, bis sie im Plus ist. Ein Kraftwerk, das wir heute bauen, obwohl es sich beim heutigen Strompreis nicht lohnt, zahlt sich trotzdem aus, weil das Geld jetzt günstig ist und der Strom in der Zukunft wieder teurer wird. Darum sollte das in unserer Rentabilitätsrechnung berücksichtigt werden und Investitionen sollen getätigt werden, die scheinbar noch nicht rentieren. Wichtiger als das Orakeln über zukünftige Preise ist, dass wir das Richtige machen. Wir wissen, was das ist: Wir müssen alle Energien und Rohstoffe erneuerbar machen – der Strom, die Wärme, die Lebensmittel, die Dienstleistungen, die Ferienreisen, die Hallenbäder, die Verpackungen, die Waschmaschinen, die Waldkindergärten, die Immobilienfonds, die strukturierten Finanzprodukte, die Aldis. Was wir machen müssen, ist einfach und schwierig. Alle müssen im Boot sein, es darf möglichst keine Verlierer geben und es muss gerecht sein. Schwierig ist, alle dazu bringen, das zu tun, was richtig ist.

Walter Angst (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich bin vom Stadtrat enttäuscht, dass er alles und ohne Feedback übernimmt. Ich bin das erste Mal glücklich über das neue Gemeindegesezt und die Regelung, dass Fonds nicht frei aufgelegt werden können. Um einen Fonds einzurichten, braucht es eine Rechtsgrundlage des Kantons. Die gibt es hier nicht, damit ist der Fonds hinfällig. Es ist möglich, dass mit dem neuen Energiegesezt ein Fonds gebildet oder ermöglicht wird, darauf wollen wir jedoch nicht warten. Ich kann einige Aussagen von Severin Pflüger (FDP) nachvollziehen. Es handelt sich nicht um den Königsweg, die gesamte Stadt mit Erdsonden zu durchlö-

chern. Dann werden die Erdsonden nichts mehr hergeben. Viele Fragen müssen diskutiert werden. Mit der Textänderung, welche die Motion saniert, entsteht die Möglichkeit, dem Stadtrat eine Vorlage zu präsentieren, die vernünftig ist. Es wird sich dann nicht mehr um die Mutter aller Klima-Motionen handeln, mit der eine halbe Milliarde Franken hinausgeworfen wird. Es wird sich um etwas handeln, das entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt wird und über das in einer Volksabstimmung entschieden wird. Am Anfang wird «kreditschaffende» sowie «die einen Fonds schafft und diesen mit jährlichen Mitteln in Höhe von 50 Mio. Franken ausstattet» gestrichen und im restlichen Text wird der «Fonds» mit dem «Programm» ersetzt. Für das Programm muss eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Es ist sehr offen, was getan werden kann. Ein Rahmenkredit wäre eine Möglichkeit. Die alte Formulierung würde jedoch einem 500-Millionen-Franken-Topf entsprechen, mit dem Subventionen ausgeschüttet werden – eine unangenehme Vorstellung. Der Weg über eine Änderung der Gemeindeordnung oder über eine Verordnung ist wohl der bessere Weg, über den der Gemeinderat im Rahmen des Budgets entscheiden kann, wieviel Geld notwendig ist.

Simone Hofer Frei (GLP): Jeder Ölkessel, der heute mit seinesgleichen ersetzt wird, entspricht einer verpassten Chance und eine Fehlinvestition. Es wird 20 Jahre dauern, bis wieder ein Heizungsersatz fällig ist – 20 Jahre, in denen munter CO₂ verströmt wird, was dem Besitzer insgesamt höhere Kosten beschert. Es gibt heute bessere und günstigere Arten, als sein Wohnzimmer mit Öl oder Erdgas zu heizen. Richtig berechnen die institutionellen Immobilienbesitzer. Pensionskassen und Versicherungen sind dabei, ihre Immobilienbestände zu modernisieren. Warum schreitet die Sanierung des Gebäudeparks nicht schneller voran? Obwohl mit dem Gebäudeprogramm des Bunds und der Kantone bereits ein attraktives Förderprogramm besteht. Es ist der Zeitaspekt. Der Wechsel auf eine erneuerbare Energie bedingt erst eine grössere Investition. Oft braucht es auch eine bessere Dämmung der Gebäudehüllen. Für private Hauseigentümer ist eine Investitionsrechnung über 10 bis 20 Jahre schlichtweg sehr lange – etwa für ein älteres Ehepaar, das ein Mehrfamilienhaus besitzt oder für eine junge Familie, die einen Hauskauf stemmen muss, während die Mittel knapp sind. Oft fehlt es an Wissen oder an Planung. Wenn die Heizung mitten im Winter aussteigt, bleibt keine Zeit, um sich Gedanken zu machen. Darum braucht es weitere Anreize. Es macht Sinn, dass sich die Stadt mit Anreizen, Förderung und Informationen engagiert. Wie genau das geschehen soll, dafür braucht es einen vernünftigen Plan.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es braucht keine Zwangsmassnahmen und keine Lenkungsmassnahmen – es braucht gesunden Menschenverstand und Selbstverantwortlichkeit. Das ist viel einfacher, als man meint. Als ich vor einigen Jahren ein Haus baute, stellte sich die Frage, wie geheizt werden soll. Die Antwort war keine Ölheizung, sondern ein Wärmetauscher. Das braucht relativ viel Strom. Es stellte sich die Frage, ob Erdsonden verwendet werden sollen. Die Erkenntnis war, dass das zu teuer ist und dass es sich nicht lohnt. Dann stellte sich die Frage, ob Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach gebaut werden sollen. Die Prüfung ergab, dass das viel zu wenig Effekt bewirkt. Der Wärmetauscher reicht für alle normalen klimatischen Verhältnisse bis -15° aus. Wenn die Temperaturen tiefer sind, reicht er nicht mehr aus. Dann hätte die Erdsonde geholfen. Das sind aber solch seltene Fälle, dass sich diese Investition nie gelohnt hätte. Darum wird ein Cheminée eingebaut. Das wird nur im Extremfall oder wenn eine politische Diskussion im Sinne eines Kaminfeuergesprächs geführt werden will gebraucht. Vernünftigerweise wurden Wärmestrahler- und Wärmespeicherplatten eingebaut, damit die Wärme nicht nach oben verschwindet. Die Frage stellte sich, ob das Ganze mit Minergie isoliert werden sollte. Dann hätte viel Geld für das Label bezahlt werden müssen und das Öffnen der Fenster wäre nicht mehr möglich gewesen. All das ist gesunder Menschenverstand. Es braucht keine staatlichen Massnahmen. Selbstverantwortlichkeit ist das Schlagwort.

Guido Hüni (GLP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden: In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass Zürich über beschränkte Mittel verfügt. Diese sind kantonale und national vorgegeben. Im Ständerat wird zwar gerade darüber debattiert, den Grenzwert so zu erhöhen, dass es faktisch ab dem Jahr 2023 nicht mehr möglich ist, Ölheizungen einzubauen. Mit den 50 Millionen Franken sprach Severin Pflüger (FDP) einen wunden Punkt an. Aber die Ausführungen dazu erinnerten mich an die amerikanischen Justizsendungen. Es sind hohe Massstäbe, die an die Motion angesetzt werden. Es ist trotzdem gewagt, im FDP-Glashaus mit Steinen zu werfen. Wir werden beide Textänderungen annehmen und hoffen auf eine gute Sache, da der Stadtrat nun um noch grössere Möglichkeiten für die Umsetzung verfügt.

Severin Pflüger (FDP): Als ich sagte, dass die Motion nicht sanierbar ist, unterschätzte ich die Genialität von Walter Angst (AL) und der AL. Dieser komplett neuen Motion können wir zustimmen. Dies aus einem einfachen Grund. Mein Professor an der Universität sagte stets, dass die Gesetzeskenntnis die Rechtsfindung ungemein erleichtert. Was in der abgeänderten Motion festgehalten wird, ist präzise das, was in Art. 2^{ter} Abs. 2 lit. c unserer Gemeindeordnung festgehalten wird: Die Stadt Zürich bezweckt «die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen». Wir können nicht gegen eine Motion sein, die etwas fordert, das in der Gemeindeordnung bereits festgehalten ist.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende-Weisung vorzulegen, die einen Fonds schafft und diesen mit jährlichen Mitteln in Höhe von 50 Mio. Franken ausstattet. Damit soll der Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf CO₂-freie Wärmeproduktion gefördert werden kann. Zielvorgabe ist der Ersatz aller Öl- und Gasheizungen bis 2030. Ausgenommen davon sind Gasheizungen in Gebieten, in welchen eine CO₂-freie Wärmeproduktion nicht möglich ist. Bereits bestehende Fördermassnahmen, insbesondere die Fördergelder für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen beim Anschluss an einen Wärmeverbund bis Juni 2020 und die 2000-Watt-Förderbeiträge für Wärmepumpen, werden in den neuen Fonds das Programm integriert. Mit der Schaffung des Fonds wird gleichzeitig das Das bereits bestehende Informations- und Beratungsangebot intensiviert. Wenn das neue kantonale Energiegesetz wirksame Anforderungen an energetische Sanierungen bei Bestandesbauten festschreibt und selbst Fördermassnahmen vorsieht, so ist eine entsprechende Anpassung des Fonds vorzunehmen das Programm anzupassen. Der Fonds- Das Programm wird aufgelöst, wenn 95% aller Öl- und Gasheizungen in den in Frage kommenden Gebieten ersetzt sind oder dauerhaft auf CO₂-freie Wärmeproduktion umgestellt haben.

Die geänderte Dringliche Motion wird mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1717. 2019/216

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:

Bericht und allfällige Projektkredite zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Massnahmen aus dem «Konzept Energieversorgung 2050 der Stadt Zürich»

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andres Kirstein (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1280/2019): Mit dem Postulat wollen wir, dass die vorhandenen Konzepte umgesetzt werden sollen, dass damit vorwärts gemacht wird, dass dem Kontrollorgan Gemeinderat hin und wieder

Bericht erstattet wird und wenn das Geld fehlt, sollte ein Projektkredit beantragt werden. Eines der grossen Probleme bei der Bewältigung der globalen Erwärmung ist der Zeitfaktor. Wir hinken auf allen Levels international, national, kantonal und kommunal nicht nur den Zeitplänen unserer eigenen Klimaprojekten hinterher, sondern insbesondere den Erfordernissen der globalen Erwärmung. Als wir Zeit zur sorgfältigen Planung hatten, schliefen wir. Wir erwachten verspätet und müssen auf den Zug rennen. Deshalb erwarten wir von der Stadtregierung und insbesondere von der nationalen Politik, dass sie nicht träge auf die Einreichung und Behandlung von Vorstössen reagiert, sondern proaktiv in den vorhandenen und neu gesetzten Klimazielen auch die entsprechenden Umsetzungspläne anpasst und dynamisch gestaltet. Wir brauchen insbesondere im Bereich der fossilfreien Energieversorgung eine dramatisch schnellere Umsetzung der Effizienzszenerarien. Die planungsrechtlichen Grundlagen müssen rasch geschaffen werden. Auch der Gemeinderat kann dabei mit einer zügigen Behandlung des kommunalen Richtplans einiges beitragen. Wir müssen allerdings mit den Ergebnissen der Richtplanänderung die BZO von vorne beginnen. Besonders wichtig ist es, in Notzeiten, in denen schnelles Handeln gefragt ist, die strategische operative Kontrolle über die verschiedenen Wertschöpfungsketten zu erhalten. Im Bereich der Energieversorgung ist das ein entscheidender Hebel zur Abschwächung der globalen Erwärmung. Das bedeutet die Schaffung einer einheitlichen, vertikal tief integrierten Organisationseinheit zur Produktion und Verteilung von Energie und allen damit verbundenen Dienstleistungen. Den Luxus, über zahlreiche Organisationsgrenzen hinweg langsam unsere Energiepolitiken aufeinander abzustimmen, können wir uns nicht mehr leisten. Wenn wir die Klimaziele annähernd bis ins Jahr 2030 erreichen wollen, müssen wir die lange und sorgfältig gehegten Gärten der zahlreichen Vorstände und Koordinationsgremien endlich in eine schlagkräftige Organisation unter der strategischen Kontrolle des Stadtrats bringen. Nur mit einem direkten Durchgriff auf der Management-Ebene lässt sich das Ruder in der Energieversorgung der Stadt in politischer Hand führen. Der Verwaltungsrat der Energieversorgung ist der Stadtrat. Das Aktionariat ist die Bevölkerung. Wir sind die Generalversammlung. Der Rest kann in den Führungsprinzipien von Dr. Christoph Blocher nachgelesen werden. Wir brauchen in schwierigen Zeiten meiner Meinung nach nicht viel mehr. Was es insbesondere am wenigsten braucht, ist immer mehr von dem, das uns in die Bredouille brachte. Es braucht also weniger Markt statt mehr. Dafür braucht es mehr Einfluss der Politik statt weniger. Die unsichtbare Hand von Adam Smith ritt uns weltweit in den Dreck. Jetzt muss die transparente Hand der Politik energisch mit Regeln und Verboten das Ruder wieder übernehmen. Statt höherer Energiepreise, die das Leben der Geringverdienenden zusätzlich verteuert, brauchen wir eine staatliche Ordnungspolitik, die die Gesellschaft sozial und klimafreundlich umbaut.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Wir lehnten bereits das Ziel von «Netto Null» bis ins Jahr 2030 strikte ab. Darum lehnen wir auch eine Berichterstattung zur Umsetzung ab. Andres Kirstein (AL) schilderte die Methode, wie das umgesetzt werden kann und liefert damit die Begründung, wie das diametral unserem Weltbild widerspricht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Ich muss der Aussage, dass wir alle schliefen, widersprechen. Auf der städtischen Ebene ergriffen wir in den letzten 20 Jahren zahlreiche Massnahmen. Wir bauten die Fernwärme, die Energiedienstleistungen und die erneuerbare Energieproduktion aus; ein Rahmenkredit für das «Smart Grid» wurde beschlossen, das auch Speichermöglichkeiten beinhaltet; wir sind dabei, die «Energie 360°» von einem Gaslieferanten zu einem Lieferanten von erneuerbaren Energien zu transformieren; bei

der Mobilität förderten wir die E-Bus-Strategie der VBZ, mit der wir dieselbetriebene Busse durch E-Busse ersetzen wollen. Wir reagieren nicht auf Vorstösse, sondern handeln selbst. Auch dieser konkrete Vorstoss rennt offene Türen ein. Das Konzept Energieversorgung 2050 stammt aus dem Jahr 2010. Auf diesem basiert die Energieplanung. Sie wurde inzwischen immer wieder aktualisiert. Die neuste Aktualisierung geschieht in diesem Jahr. Die Energieplanung bietet den erwähnten Durchgriff auf das Management, da sie für alle Betriebe der Stadt verbindlich ist. Das Management befindet sich bereits an der Angel der Energieplanung. Wir wurden auch ohne diesen Vorstoss aktiv. Das Konzept soll im nächsten Jahr überarbeitet werden. Selbstverständlich wird das Referenzszenario «Netto Null» ein Teil des Konzepts sein, damit die finanziellen Konsequenzen bekannt sein werden. Der Stadtrat arbeitet an der Überarbeitung des Konzepts der Energieversorgung. Darum ist es folgerichtig, dass wir ein Postulat entgegennehmen, das dies fordert.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): Es handelt sich nicht lediglich um einen Bericht, den wir verlangen. Das erwähnte Konzept der Energieversorgung 2050, das wir in den Tiefen der Stadtverwaltung fanden, ist bereits relativ gut. Es stammt aus dem Jahr 2014 und wir sind froh, dass es im nächsten Jahr überarbeitet wird. Im Postulat geht es um eine Konkretisierung der Umsetzungsmöglichkeiten. Es geht um die einzelnen Teilgebiete der Stadt und wo welche Energieformen entstehen sollen. Dabei muss eine dezentrale Sichtweise entwickelt werden. Aufgrund der Konkretisierung erwarten wir konkrete Kreditanträge, die entsprechend vom Volk vorgelegt werden. Es handelt sich um mehr als nur um die Überarbeitung des Konzepts. Es geht um das Konkretisieren und darum, uns Gebiete vorzuschlagen, in denen dezentrale Lösungen gefunden werden können. Es gibt einige, die bereits im Bericht erwähnt wurden – um das Seebecken herum, die Fernwärme, die erweitert werden kann oder auch Gebiete, in denen Erdsonden in einem Verbund Vorteile bedeuten. Wie bereits bei der Photovoltaik ist das Ziel des Gemeinderats klar: Wir wollen mit Zielgrössen operieren. Hier wollen wir beschleunigen und dazu Antworten erhalten.

Michael Schmid (FDP): Beim vorherigen Vorstoss, der eigentlich zu einem neuen Vorstoss der AL wurde, stimmten wir vor allem aus Sympathie für die Begründung der AL-Votanten zu. Jetzt stimmen wir dem Vorstoss dezidiert entgegen der Begründung der AL und der SP zu. Wir sind froh, dass der Gemeinderat den Bericht zwar verlangen kann, dieser jedoch vom Stadtrat verfasst werden wird.

Das Postulat wird mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1718. 2019/110

Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 20.03.2019:

Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist Vorsteherin des Sicherheitsdepartements des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/110 und 2019/223.

Dr. Pawel Silberring (SP) begründet das Postulat 2019/110 (vergleiche Beschluss-Nr. 1047/2019): Der Anstoss für das Postulat geschah einem Anlass des Gemeinderats hinter den Kulissen, an dem wir die Leitstelle der VBZ besichtigten. Wir erfuhren, wie wichtig die einstmals umstrittene Priorisierung des öffentlichen Verkehrs bei der Verkehrssteuerung für ein funktionierendes Verkehrssystem ist. Gleichzeitig gibt es aus Sicht der Praktiker, die das System betrieben, ungenutzte Optimierungsmöglichkeiten. Das ist so, weil das System vor allem für Spitzenzeiten optimiert ist. Dagegen ist eigentlich nichts einzuwenden. In verkehrsärmeren Zeiten jedoch sind Massnahmen möglich, die eine andere Priorisierung einsetzen würden. Es sind verkehrsärmere Zeiten am Morgen, am Abend oder auch am Wochenende. Eine kurze Nachfrage am gleichen Abend bei einem Buschauffeur ergab schnell ein Beispiel. Wenn der Bus 161 am Bürkliplatz losfährt, erhält er für das Einbiegen der Talstrasse in den General-Guisan-Quai keine Priorisierung und verliert bis zu einer Minute. An Stossverkehrszeiten ist an diesem Verkehrspunkt nicht viel zu machen. Abends um zehn Uhr wäre es hingegen problemlos möglich, dem Bus die Fahrt freizugeben. Für die übrigen Verkehrsteilnehmer würde sich die Grünphase leicht verschieben, ansonsten entstehen jedoch keine Nachteile. Analoge Beispiele können viele gefunden werden und die Fahrerinnen und Fahrer der VBZ wissen, wo diese sind. Wir wollen anregen, dass dieses Wissen genutzt wird und das Priorisierungssystem feiner abgestuft wird, damit auch während den verkehrsärmeren Zeiten eine Beschleunigung möglich wird. Der Einbezug der Praktiken ist uns dabei ein spezielles Anliegen. Ob es digital oder mit klassischem Zettelbriefkasten erfolgen soll, spielt dabei keine Rolle. Wir wünschen uns eine Umsetzung, bei der die entsprechenden Leute Vorschläge machen können. Der Zeitgewinn mag in verkehrsarmen Zeiten gering sein. Die Auswirkungen sind es jedoch nicht. Es kann sein, dass eine knappe Umsteigebeziehung plötzlich verlässlich wird und gleichzeitig ist im System ZVV jede gewonnene Minute bares Geld werden. Wir wollen, dass dieses Potenzial genutzt wird.

Christoph Marty (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/110: Der öffentliche Verkehr in Zürich wird gegenüber den anderen Verkehrsträgern sehr stark priorisiert. Jetzt soll er noch weiter priorisiert werden. Der Anteil des öV an der gesamten Personenbeförderungsleistung ist deutlich unter 50 Prozent und wird das wohl auch bleiben. Denn der motorisierte und der nichtmotorisierte Individualverkehr bietet Möglichkeiten, die der öV niemals bieten werden kann. Es handelt sich um einen weiteren Vorstoss der Vertreter der Partei, die nach aussen «für alle statt für wenige» propagiert, sich dann jedoch konsequent für Partikularinteressen einsetzt. Wir wollen dabei nicht mitmachen. Wir setzen uns für alle Verkehrsteilnehmer ein und sind nicht bereit, die einen zu Lasten der anderen auszuspielen. Die wahre Motivation hinter dem Vorstoss, so mein Verdacht, ist der typische Versuch, den MIV (Motorisierter Individualverkehr) weiter auszubremsen. Während der öV priorisiert wird, sollte der MIV warten. Der Verkehrsfluss kollabiert bereits heute immer wieder vor allem während den Stosszeiten. Das sollte nicht nur in Kauf genommen werden. Zusätzlich soll vorsätzlich Sabotage betrieben werden. Wenn das Tiefbauamt mit der gezielten Zerstörung von Strassenverkehrsinfrastrukturen aufhören kann, käme das auch dem öV zugute. Wenn die Strategie der Kap-Haltestellen

und des Mischverkehrs endlich aufgegeben wird, wird das bereits zu erheblichen Priorisierungseffekten führen. Die künstliche und unsinnige Behinderung für den öV und den MIV wird ein Stück weit beseitigt. Es wird der Einsatz von neuen Technologien für die Verkehrssteuerung zugunsten des öffentlichen Verkehrs gefordert. In der Spezialkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) befassten wir uns mit dieser Fragestellung bereits eingehend. Ein anderer Vorstoss liegt vor, der das bestehende transponderbasierte System durch ein GPS-basiertes ersetzen will. Die Vertreter der VBZ konnten uns detailliert darlegen, dass ein neues System nichts leisten kann, was das bestehende bereits kann. Warum sollte also etwas, das tadellos funktioniert, mit etwas ersetzt werden, von dem nicht bekannt ist, ob es auch tatsächlich wie gefordert funktioniert und ausserdem nicht gratis ist? Auch die Aussage, dass eine Beschleunigung auch finanziell vorteilhaft sei, da in kürzerer Zeit mehr Personen transportiert werden können, entspricht einem Partikularinteresse. Während die einen fast nichts gewinnen, verlieren die anderen massiv. Diese Ausgrenzungs- und Diskriminierungsspiele wollen wir nicht unterstützen. Die Postulanten regen an, «neue Chancen der Digitalisierung für eine Optimierung der Verkehrsleitung des öffentlichen Verkehrs zu prüfen.» Mir kommt es vor, dass wenn hier keine soliden Argumente eingebracht werden können, die «Digitalisierung» als Argument verwendet wird.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 66, Beschluss-Nr. 1718/2019).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1719. 2019/416

Motion der SP-, FDP- und GLP-Fraktion vom 25.09.2019:

Abschreibung für das Hochhaus im Baufeld A1 des öffentlichen Gestaltungsplans «Thurgauerstrasse» zur Realisierung einer qualitativ hochwertigen und ökologisch wertvollen Fassadenbegrünung

Von der SP-, FDP- und GLP-Fraktion ist am 25. September 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung des Gestaltungsplans Thurgauerstrasse für das Hochhaus im Baufeld A1 einen Abschreiber zu tätigen, um eine qualitativ hochwertige und ökologisch wertvolle Fassadenbegrünung zu realisieren.

Begründung:

Der Bosco Verticale in Mailand ist ein Beispiel dafür, dass es trotz Verdichtung möglich ist, mit Hochhäusern städtebauliche Akzente gegen die Verknappung unserer Grünräume zu setzen. Vertikalbegrünungen leisten einen Beitrag an die Verbesserung des Mikroklimas, Reduzierung des Wärmeinseleffekts, Steigerung des Wohnwertes, Förderung der Biodiversität, Wärmedämmung und Energieeinsparung, Retention von Regenwasser, Gebäudeschutz, Luftfilterung und Lärmschutz. Im Rahmen des Gestaltungsplans Thurgauerstrasse soll darum das Hochhaus auf Baufeld A1, in dem voraussichtlich Alterswohnungen erstellt werden, eine qualitativ hochwertige Fassadenbegrünung erhalten. Durch die Abschreibung dieses Mehraufwandes kann verhindert werden, dass die Mieten höher ausfallen.

Die Innovationskraft dieses Projekts ist auch dafür zu nutzen, um verwaltungsintern die Kompetenzen bezüglich Fassadenbegrünung zu stärken. Letztlich soll die Stadt einen niederschweligen Support für private Bauträgerschaften anbieten können und damit einher gehend die Bewilligungsfähigkeit von Fassadenbegrünungen erhöhen sowie den Prozess der Bewilligung vereinfachen.

Mitteilung an den Stadtrat

1720. 2019/417

**Postulat von Marco Denoth (SP) vom 25.09.2019:
Anlaufstelle für die Sammlung und Vermittlung von Bildungs- und Vereinsangeboten für romanisch sprechende Menschen**

Von Marco Denoth (SP) ist am 25. September 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die vorhandenen Angebote für romanischsprechende Menschen in Zürich bekannt gemacht werden können. Dazu soll eine Anlaufstelle geschaffen werden, welche aktiv die Bildungs- und Vereinsangebote sammelt und diese in geeignetem Rahmen an die Zürcherinnen und Zürcher weitergibt.

Begründung:

In Zürich leben ungefähr 2000 romanischsprechende Menschen, also etwa gleichviel wie in Chur. Es ist bekannt, dass die romanische Sprache insbesondere durch den Wegzug von Menschen von den romanischen Sprachregionen in Städte wie Zürich gefährdet ist. Viele Räteromanen leben in Zentren ausserhalb von Graubünden.

In Zürich gibt es Vereine, welche das Romanische fördern. Sei dies mit Kursen, aber auch mit gesellschaftlichem Austausch. Eine romanische Kinderkrippe wurde gegründet, die Canorta rumantscha am Zeltweg in Zürich. Und es gibt ein Anschlussangebot ab Kindergarten mit der Scola rumantscha Turitg. Zudem werden für die Volksschulen und Gymnasien Projektwochen in lingua e cultura rumantscha angeboten, welche frei für Schulklassen (ab ca 5. Klasse) gebucht werden können.

Für den gesellschaftlichen, aber auch informativen Austausch organisiert die Uniun da las Rumantschas e dals Rumantschs en la Bassa URB Anlässe, um das Romanische im gesamten Unterland zu fördern und zu erhalten.

Diese Angebote müssen sichtbar gemacht werden und dazu ist ein Beitrag der Stadt Zürich nötig. So soll unter anderem allen Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger Infomaterial mit den Angeboten in romanischer Sprache abgegeben werden. Eine zentrale Anlaufstelle soll diese Informationen sammeln, geeignet aufbereiten und vertreiben.

Mitteilung an den Stadtrat

1721. 2019/418

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 25.09.2019:
Durchgehender und sicherer Veloweg zwischen Sihlcity und Kantonsschule Freudenberg**

Von Luca Maggi (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 25. September 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er einen durchgehenden und sicheren Veloweg zwischen Sihlcity und Kantonsschule Freudenberg sicherstellen kann. Insbesondere der Abschnitt ab Bederstrasse bis zur Kreuzung Brandschenkenstrasse ist so zu gestalten, dass sich Velofahrinnen und Velofahrer auf einer separaten Velospur sicher fortbewegen können. Zudem ist in beiden Richtungen eine deutlich sichtbar markierte Abbiegespur in die resp. aus der Brandschenkenstrasse vorzunehmen sowie eine sichere Überquerung der Tramgleise sicherzustellen. Wo nötig sind Parkplätze aufzuheben. Alternativ kann auch eine Route von der Bederstrasse via Klopstockstrasse (gleiche Anforderungen) geprüft werden.

Begründung:

Für Schülerinnen und Schüler, welche aus dem Umkreis Sihlcity/Saalsporthalle oder aus Leimbach mit dem Velo zur Kantonsschule Freudenberg fahren, verkommt die Route zu einem gefährlichen Hindernisparcours, welcher dringend durch einen sicheren Veloweg ersetzt werden muss. Gerade in Anbetracht, dass die Sicherheit von Velofahrerinnen und Velofahrer eines der Legislaturziele 2018-2022 des Stadtrats ist, besteht hier rascher Handlungsbedarf. So wird der Velostreifen vom Sihlcity herkommend kurz nach Einbiegen in die Bederstrasse von zwei Parkplätzen der blauen Zone unterbrochen. Problematisch ist, dass die Strasse dort nicht genügend breit ist, dass Autos überholen können, wenn gleichzeitig ein Tram vorbeifährt. Kurz danach verengt sich die Strasse vor der Verkehrsinsel wieder. Dort müssen die Velos dann verlangsamen,

um den Rechtsverkehr vorzulassen (oder um links abzubiegen, wenn man in die Klopstockstrasse fährt). Auf der restlichen Strecke der Bederstrasse bis zum Abbiegen in die Brandschenkestrasse ist schliesslich kein Velostreifen vorhanden. Weil die Autos dort nicht überholen können, wenn ein Tram kommt, führt dies zu gefährlichen Situationen. Als sehr schwierig stellt sich schliesslich auch das Linksabbiegen in die Brandschenkestrasse heraus, weil man dort vor dem Rotlicht auf der Linksspur, auf welcher auch die Tramschienen sind, warten muss. Auch die Rückfahrt von der Kantonsschule stellt sich aktuell, als wenig velofreundlich dar. Auf der Brandschenkestrasse muss zuerst an schräg parkierten Autos vorbeigefahren werden. Diese können beim Herausfahren nicht sehen, ob ein Velo kommt. Die Velos müssen also jederzeit gefasst sein, entweder abrupt zu bremsen oder einen Schwenker vom Velostreifen weg in die Autofahrbahn zu machen (gleiches Problem müsste auch bei einer Route via Klopstockstrasse behoben werden). Nach dem Einbiegen in die Bederstrasse gibt es erneut auf einem längeren Abschnitt keinen Velostreifen. Das Überqueren des Fussgängerstreifens, um auf die Seite des Sihlcitys zu gelangen, ist schliesslich sehr unübersichtlich, da zwei Autospuren mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln (Autos, Busse, Velos, etc.) und eine Tramfahrspur bis zur Verkehrsinsel zu überqueren sind. Aufgrund dieser Vielzahl von Problemen muss schnellstmöglich eine sichere Veloroute von und zur Kantonsschule Freudenberg sichergestellt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motionen und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1722. 2019/419

Schriftliche Anfrage von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) vom 25.09.2019:

Einsatz von Dialogteams bei Grossanlässen, Angaben über die bisherigen Einsätze, die Zusammensetzung, die Zielerreichung und die Kompetenzen der Teams sowie Einbezug der Teams in den Ablauf der Einsatzplanung und Erkenntnisse aus den Auswertungen der bisherigen Einsätze

Von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) ist am 25. September 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit rund einem Jahr werden von der Stadtpolizei Zürich sogenannte Dialogteams bei Grossanlässen eingesetzt. Diese sollen sich bei Grossveranstaltungen unter die Menschen mischen und den Dialog suchen. Deren Einführung ist als Massnahme auf das Projekt „Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern“ (PiuS) zurückzuführen. Seit ihrer Einführung waren diese Dialogteams an verschiedenen Anlässen im Einsatz.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In wie vielen Einsätzen wurden diese sogenannten Dialogteams bisher eingesetzt? (Bitte um genaue Angabe des Anlasses, Datum und Anzahl Einsatzkräfte pro Dialogteam)
2. Aus Einsatzkräften welcher konkreten polizeilichen Abteilungen setzen sich die Dialogteams zusammen? (Bitte genaue Abteilung und Anzahl jeweilige Einsatzkräfte)
3. Gemäss Antwort auf die Schriftliche Anfrage 2018/215 waren am 4. Juli 2018 14 Personen für Dialogteams ausgebildet. Wie viele sind es heute? Wie sieht die Zusammensetzung in Bezug auf die Geschlechterverteilung aus? (Bitte um konkrete Zahlen)
4. Gemäss Schlussbericht Projekt „Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern“ (PiuS) vom Mai 2018 dienen Dialogteams als „Ersatzinstrument zur adressatengerechten Kommunikation“. Gemäss Antwort auf die schriftliche Anfrage 2018/215 ist das oberste Ziel dieser taktischen Kommunikation „die Konfliktprävention und die Deeskalation“. Inwiefern haben sich die Dialogteams in Bezug auf diese Ziele bewährt? (Bitte um konkrete Einsatzbeispiele)
5. Findet über die Dialogteams überhaupt ein Austausch statt, wenn ja, mit wem, oder werden sie insbesondere zur einseitigen Ankündigung von Anliegen/ Massnahmen/Befehlen durch die Polizei verwendet?
6. Inwiefern unterscheiden sich die Botschaften/Ansagen der Dialogteams von solchen, welche via Lautsprecher bei Polizeieinsätzen an eine Menschenmenge gerichtet werden?
7. Unter einem Dialog werden gemäss Duden „Gespräche, die zwischen zwei Interessensgruppen geführt werden mit dem Zweck des Kennenlernens der gegenseitigen Standpunkte o.ä.“ resp. „von zwei oder

mehreren Personen abwechselnd geführte Rede und Gegenrede; Zwiegespräch, Wechselrede“ verstanden. Inwiefern können Dialogteams einen gegenseitigen Dialog sicherstellen? Wie werden die Botschaften oder Anliegen der den Dialogteams gegenüberstehenden Personen oder Gruppen verarbeitet?

8. Wie entscheiden Dialogteam, mit wem es in den Dialog treten? Haben sie die Befugnis selber zu entscheiden wer die möglichen Ansprechpersonen sein könnten?
9. Wie werden diese Anliegen in den weiteren Ablauf einer Einsatzplanung einbezogen? Wie funktioniert der Transport der Anliegen/des Dialogs zwischen Dialogteams und Einsatzleitung bei einem Polizeieinsatz? Ab welchem Zeitpunkt wird das Dialogteam in die Einsatzplanung einbezogen?
10. Welche Kompetenzen haben Dialogteams in einem Einsatz? Haben sie einen Verhandlungsspielraum mit ihren Gegenübern? Wenn ja, welchen und in Rücksprache mit wem?
11. Gemäss Antwort auf die Schriftliche Anfrage 2018/215 kommt der Sprache als taktischem Einsatzmittel eine besondere Bedeutung zu, da der Dialog im Sinne der Verhältnismässigkeit das mildeste Einsatzmittel darstelle. Wie wertet der Stadtrat den bisherigen Erfolg der Dialogteams in Bezug auf diese von ihm selber definierte Bedeutung?
12. Welche Auswertungen wurden bisher verwaltungsintern zu den Dialogteams vorgenommen? Welche Erkenntnisse lieferte diese Auswertung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 25. September 2019, 21 Uhr.